POTSDAMNED!

ZWEITER VERSUCH//NOV2008//UNKOMMERZIELL//KOST NIX



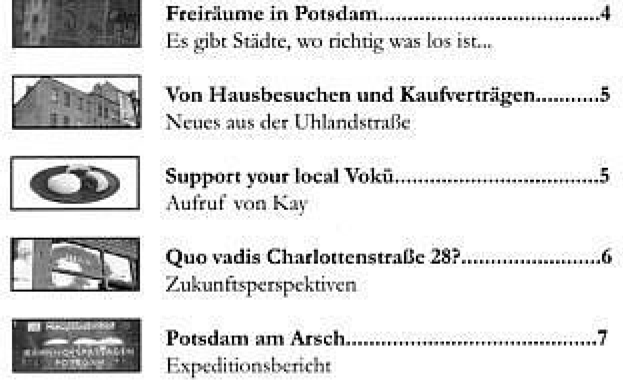







Editorial....3
potsdamned-Redaktion

Stadtgespräch



Freiräume in Potsdam....4
Es gibt Städte, wo richtig was los ist...

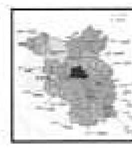
Von Hausbesuchen und Kaufverträgen....5
Neues aus der Uhlandstraße

Support your local Vokü....5
Aufruf von Kay

Quo vadis Charlottenstraße 28?....6
Zukunftsperspektiven

Potsdam am Arsch....7
Expeditionsbericht

Regionalia



Die DVU aus`m Konzept gebracht?....8
...ein paar Gedanken zu den Wahlen und der Beziehung zwischen DVU und NPD

Fragezeichen

Was macht die Antifa?....10
Kampagnenkritik

Häuser besetzen immer wieder? 16
Kleine Polemik

Stuhlkreis

OLGA ganz – für GRRLZ und TRANS*?....18
Zwischenbericht

Ohrensessel

„Vom 'Anderssein'....“....22
Rezension

Action

Gleiche Rechte für Alle!....23
Demoaufruf der JOG zur IMK

Das Widerstandscamp....24
Ein Bericht des RSB

Stundenplan



Ständige Termine und Adressen....26+27
Was kann (wo) getan werden.

Impressum: "Potsdamned", c/o konte[:x]t Potsdam, Hermann-Elflein-Straße 32, 14467 Potsdam **V.i.S.d.P.:** B. Müller. **Druck:** Eigendruck im Selbstverlag. **Layout:** lb. **Erscheinungsdatum:** November 2008.

 Wir bedanken uns bei der Freien Bibliothek konte[:x]t Potsdam für die Bereitstellung eines Postfachs in ihren Räumen. **Vielen Dank** an den AStA der Universität Potsdam für die finanzielle Unterstützung.



Editorial

Liebe Leser_innen und/oder Autor_innen,

dies ist nun die 2. Ausgabe von Potsdamned!, der linken "Mach's mit - Mach's nach - Mach's besser"-Zeitschrift für Potsdam. Und angesichts der Vielzahl und Vielfalt der Beiträge, die bei uns eingetroffen sind, sind wir recht optimistisch, dass es nicht die letzte gewesen ist. Auch für dieses Heft haben wir Autor_innen zu bestimmten Artikeln direkt angefragt. Der Großteil der Artikel ist allerdings aus Eigeninitiative bei uns eingetroffen. Wir sind nach wie vor offen, was die Art und den Inhalt der Artikel anbelangt, die bei uns ankommen. Ziemlich interessant finden wir inhaltliche Kontroversen. Intolerant sind wir gegenüber Texten, die diverse Unterdrückungsmechanismen reproduzieren. Dahingehend behalten wir uns "repressive" Maßnahmen vor, etwa, einen Text nicht abzudrucken oder einen kritischen Kommentar vornean zu stellen.

Noch ein paar "Regeln", die eure Schreibmotivation allerdings nicht hemmen sollten:

Bitte beachtet, dass uns ein fester Redaktionsschluss sehr wichtig ist und dass wir uns freuen würden, wenn alle Beiträge bis dahin auch bei uns angekommen sind. Alles andere würde die Fertigstellung des Heftes unnötig kompliziert machen. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe, die Ende Dezember erscheinen soll, ist der 7. Dezember.



In "Notfällen" könnt ihr uns noch kontaktieren und mitteilen, dass ihr minimal länger braucht. Beiträge, die ohne vorherige Absprache nach dem Redaktionsschluss bei uns eintreffen, werden wir zukünftig nicht mehr in die entsprechende Ausgabe übernehmen.
Wir würden uns außerdem freuen, wenn ihr zu euren Artikeln gleich passende Bilder (am besten in hoher Auflösung: 300dpi) mitschickt, sofern ihr eure Artikel bebildert haben wollt.
Wir halten diese Zeitung nicht dafür geeignet, *einmalige* Termine zu bewerben. Dafür empfehlen wir den Potsdamer Terminplaner "Der Kollektor" (derkollektor@gmx.de) und das Brandenburger alternative Webportal "Inforiot" (www.inforiot.de). Ausnahmen sind natürlich Termine, die in einem Artikel besprochen werden. Wir freuen uns allerdings über *regelmäßige* Termine und Adressen, damit wir unseren noch sehr spärlichen Adressteil und Stundenplan erweitern können.

Da das Konzept dieser Zeitschrift alles andere als starr und unflexibel ist, freuen wir uns auch jederzeit über Kritiken und Wünsche dahingehend, wie das "Konzept" modifiziert werden kann.

Alles am liebsten per E-Mail an:
potsdamned@riseup.net
(pgp-key: www.inforiot.de/material/potsdamned.asc).

Oder aber auch via Post oder Brieftaube an:

"Potsdamned!"
c/o konte[:x]t Potsdam
Hermann-Elflein-Straße 32
14467 Potsdam.

Viele Grüße und viel Spaß beim Schreiben!
das Potsdamned-Team

Freiräume in Potsdam

Es gibt Städte, wo richtig was los ist und es gibt Potsdam

Freizeit hat geschlossen. So kann man die Situation in unserer Landeshauptstadt wohl am Besten auf den Punkt bringen. Gerade im letzten Jahr sind Dank steigender Mieten und der Kommerzialisierung von Plätzen die Freiräume für Jugendliche mehr und mehr beschnitten worden.

Es sind gerade diese Freiräume, die uns die Möglichkeit bieten uns frei zu entfalten. Orte wie Parks, Plätze oder der Jugendclub an der Ecke, der es dir ermöglicht, deine Freizeit kreativ und ohne Zwang zu genießen. Ein Platz, wo nicht die Schule bestimmt was du lernen sollst oder wo Eltern sagen, wann etwas gemacht wird. Nicht zu letzt sind es diese Freiräume in der Gesellschaft, in denen du nicht dem Konsumzwang folgen musst oder dich dem Mainstream anpassen sollst, sondern einfach mal "Du" sein kannst.

Potsdam - ausgezeichnet als "die familienfreundlichste Stadt Deutschlands", nach dem Prognos-Familienatlas von 2007, das jedoch gilt nur für Kinder. Anscheinend hat sich niemand die Situation dieser Kinder angeschaut, wenn sie älter werden. Die Plätze wo sich Jugendliche treffen können, sind spärlich gesät. So zum Beispiel die Freundschaftsinsel, die bei Einbruch der Dunkelheit ihre Pforten schließt, oder andere Parks, wo es selbst untersagt ist sein Fahrrad zu schieben, und auch sonst sind Diskotheken und Clubs für Jugendliche bis 18 Jahren oder mit schmalen Geldbeutel so gut wie nicht vorhanden. Was bleibt, ist das Abhängen auf der Straße, in nahe gelegenen Einkaufszentren oder der Weg mit der S-Bahn nach Berlin.

In diesem Frühjahr musste auch der letzte Jugendclub der Innenstadt, das "S13" dicht machen. Mit ihm verschwand auch das "Spartakus". Und warum das Ganze? Die Miete in der Nähe des geplanten Stadtschlosses war für die Betreiber_Innen nicht mehr zu bezahlen. Mit großen Worten versprach unser Oberbürgermeister sich für einen Ersatz der Räume einzusetzen, passiert war nix, bis der Druck durch die Öffentlichkeit und den Betreiber_Innen des "Spartakus" wuchs. Bis heute ist jedoch keine angemessene Alternative in Sicht.

Somit verkommt die Innenstadt immer mehr zu Museeum und Touristenattraktion. Eine Stadt lebt jedoch nicht nur von den Einnahmen, sondern auch von den Bürger_Innen, die dieses Stadtbild prägen, der Kultur, welche sie erschaffen und nicht allein von preußischen Prunkbauten. Der Kultur geht es jetzt wieder an den Kragen. Durch den Wegfall von Lindenpark und Waschhaus, fällt ein Stück Potsdam weg, wo es jungen Bands möglich war ihre ersten Schritte in die Musikwelt zu wagen und die Bretter die die Welt bedeuten zu erklimmen.

Doch erst Ende letzten Monats besetzten unabhängige, junge Menschen die ehemalige "Villa Wildwuchs". Das Haus am Babelsberger Park wurde wiederbelebt. Dort finden nun Diavorträge, Infoabende, Lesungen sowie Konzerte oder Partys statt. Dieses Gebäude wurde von Menschen wiederbelebt, die keine Lust auf "preußisch Disneyland" haben und nun ihre Bedürfnisse durch solche Aktionen nach außen tragen. Der Freiraum, welcher hier erobert wurde, könnte als Ort der Vernetzung verschiedenster Gruppen oder Initiativen stehen. Menschen soll hier die Möglichkeit geboten werden, Projekte zu starten die anderswo nicht möglich sind. Ein Ort fernab der gängigen Partykultur und Konsummeilen dieser Stadt.

Selber machen ist die Devise. Die Resonanz der letzten Tage zeigt, dass solch ein Freiraum für Soziokultur benötigt und genutzt wird. Selbstverwaltet, unkommerziell und autonom werden Projekte und Veranstaltungen organisiert und zum Erfolg geführt. Das seit Monaten leerstehende, sogar zum Abriss angedachte Gebäude und die dazugehörigen Grünflächen sind im Besitz der Stadt. Diese zog sich in der Diskussion der vergangenen Monate um fehlende (Frei-)Räume auf die Position zurück, dass es keinen kostengünstigen und geeigneten Standort in Potsdam für Jugendkultur gibt. Mit der Besetzung konnte das Gegenteil bewiesen werden. Das Gebäude wurde durch Eigeninitiative wieder nutzbar gemacht.

Täglich finden Arbeiten am Haus, im Garten oder Reparaturen auf dem Dach statt, um diesem Ort Charakter und Leben einzuhauchen. In den nächsten Monaten werden Aktionen und Veranstaltungen stattfinden. An der Havel ist nun ein Ort der lebendigen Kultur entstanden und dieser wird verteidigt. Doch muss es viele solcher Orte geben um eine Alternative zur Konsumgesellschaft zu leben. Da reichen ein, zwei oder sogar drei einzelne Freiräume nicht aus.

Wir schaffen uns Freiraum und halten nicht mehr still, wenn die Stadt uns die Luft zum Atmen, ja die Möglichkeit einer freien Entfaltung und selbstständigen Entwicklung von Jugendkultur nimmt. Irgendwann hat die Geduld ein Ende. Wir lassen uns nicht mehr alles wegnehmen, denn auch wir gestalten Potsdam mit. Sicherlich erinnert sich der eine oder die andere an die 90er Jahre. Da wurde hier gezeigt, am Beispiel des "Archivs" wie man sich Freiräume zurückerobert. Wir werden laut streiten und dafür kämpfen, das Freiräume erhalten bleiben und ausgebaut werden. Jetzt ist Schluss mit still halten.

Barb & J0pe

Von Hausbesuchen und Kaufverträgen...

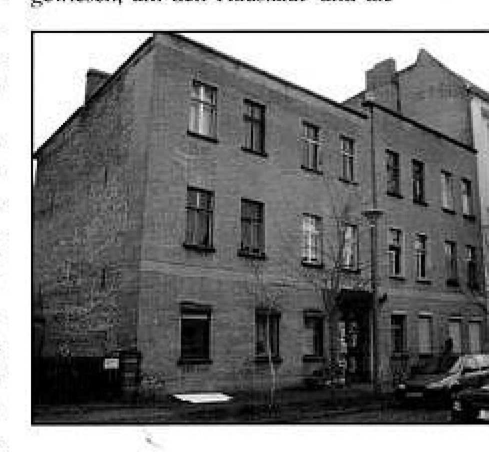
Neues aus der Uhlandstraße.

Nach einigen aufregenden Monaten können die Bewohner_innen des Wohn- und Kulturprojektes Uhlandstraße 24 nun zumindest teilweise aufatmen. Eine mehr oder weniger zufriedenstellende Einigung mit der Erb_innengemeinschaft wurde gefunden und somit rückt die Möglichkeit des Objektkaufes wieder in Reichweite. Zudem droht nicht mehr unmittelbar die Räumung. Ein großer Erfolg für die Bewohner_innenschaft stellt die Aufnahme des Projektes in das Mietshäuser Syndikat dar. Auch weitere Schritte in Richtung Hauskauf konnten erfolgreich unternommen werden.

Jedoch können diese neueren Entwicklungen nach wie vor nicht über das angespannte Verhältnis zwischen den Bewohner_innen und besonders dem Anwalt der Erb_innengemeinschaft hinwegtäuschen. Noch Mitte August war dieser unangemeldet im Haus aufgetaucht und hatte besonders durch sein herabwürdigendes Auftreten die letzten Reste eines ohnehin kaum existenten Vertrauensverhältnisses zerstört. Er hatte den Bewohner_innen mit denen er auch zu diesem Zeitpunkt in Verhandlungen zu einer einvernehmlichen Lösung stand, das Recht auf einen Schutz ihrer Privatsphäre deutlich abgesprochen. Es ist also verständlich, wenn die momentanen 'Erfolge' durchaus auch Misstrauen seitens der Bewohner_innen wecken.

Auch die Rolle der Stadt in den Verhandlungen zwischen den beiden Parteien ist weiterhin zu hinterfragen. Obwohl sich die Stadtverordnetenversammlung (geschlossen) für eine Unterstützung des Wohn- und Kulturobjektes aussprach, blieben handfeste Ergebnisse bisher eher rar. Dass das nicht so sein muss, wird am Beispiel des Spartacus oder der besetzen Villa Wildwuchs erfreulicherweise deutlich. Hier scheint die Stadt sehr bemüht um konkrete Unterstützung, sei es in Form von Finanzierung einer Gebäudesanierung oder im Angebot von Ausweichobjekten. Ob die fehlende Unterstützung seitens der Stadt jedoch nicht auch auf eine mangelnde politische Thematisierung der Zustände durch die Bewohner_innen der Uhlandstraße 24 zurückzuführen ist, bleibt zu diskutieren.

Die Bewohner_innen sind jedoch nach wie vor auf die finanzielle Unterstützung von Symphatisant_innen angewiesen, um den Hauskauf und die



Sanierungsmaßnahmen zu finanzieren ohne sich dafür dem Potsdamer Mietspiegel anzupassen. Diese Unterstützung kann in Form von Bürgschaften, aber auch als sogenannte „Leih- und Schenkgemeinschaften" oder Direktkredite gegeben werden.

Bei Fragen und Interesse:
fu24ev@gmx.de

Support your local Vokü!?

Vokūs (abgeleitet von Volxküche, als anitnationales Pendant zu Volksküche, alternativ auch Bevölkerungsküche (BeVokü)) sind zu geringen Preisen (meist zum Selbstkostenpreis) angebotene, manchmal auch bio, vegane oder vegetarische warme Mahlzeiten. Sie werden häufig in und von (Haus-) Projekten oder Gruppen, zu Einzelveranstaltungen oder auch an festen Wochentagen gekocht... Sprich, meist von Menschen wie du und ich für Menschen wie du und ich...Vokūs bringen viele schöne Vorteile: Menschen können echt günstig und vielfältig ohne viel Aufwand essen, neues kann ausprobiert und kennengelernt werden, zudem sind Vokūs meist Massenevents, sodass der Sozialfaktor auch nicht zu kurz kommt. Vokūs und die damit einhergehenden Großeinkäufe/Containerungen sind günstiger als Einmenschverpackungen, zudem ökologischer und setzen dem Egofilm, ähnlich wie Kleingruppengetüddel oder Candellight-Vorstellungen des Mainstreams was entgegen. Zudem werden mit den (wenn denn vorhandenen) Zusatzeinahmen in den allermeisten Fällen linksalternative Projekte, Gruppen oder Veranstaltungen supportet und das Bestehen autonomen Lebens ermöglichen, was uns wiederum auf dem Weg in eine freiere, gerechtere und bessere Welt weiterbringen kann...

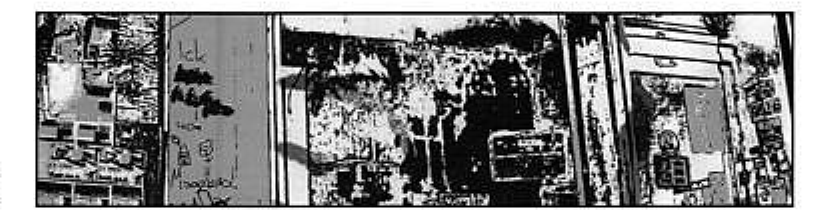
Also: Support your local Vokū..es ist garnicht so schwer..vielleicht auf dein ÖkoBike geschwungen und ins nächste Projekt geradelt...

Regelmäßige Termine & Orte, damit du dein Essen auch planen kannst, findest du auf Seite 27.

Kay



Quo vadis Charlottenstraße 28?



Seit acht Jahren beheimatet das Haus „Charlottenstraße 28“ den Neue Farben e.V. Das Haus ist ein Ausweichobjekt, das die Stadt Potsdam den neun Bewohner_innen der 2000 geräumten Dortustraße 7 zur Verfügung gestellt hat. Grundlage der Nutzung des Hauses war bislang ein verlängerter Nutzungsvertrag zwischen dem Neue Farben e.V. und dem Sanierungsträger der Stadt, der bislang Jahr um Jahr verlängert wurde. Nun will der Verein Nägel mit Köpfen machen: Ein Erbbaupachtvertrag soll abgeschlossen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat dafür bereits grünes Licht gegeben. Dem Verein bietet der Vertrag die Möglichkeit, die „28“ langfristig vom Immobilienmarkt der Stadt zu bekommen und das Haus selbstbestimmt zu verwalten. Freilich ist ein Pachtvertrag auch mit höheren finanziellen Verbindlichkeiten für das Haus die Bewohnenden verbunden. Sollte der Verein die entsprechenden Kapazitäten nicht aufbringen können, ist die Existenz der „28“ als alternatives Hausprojekt in Frage gestellt. Der Abschluss eines weiteren einjährigen Nutzungsvertrages mit der Stadt erscheint mehr als fraglich. Das Weiterbestehen der Charlottenstraße 28 ist also keineswegs selbstverständlich.

Außer des steigenden monetären Bedarfs, der durch den Vertragsabschluss entstünde, müssten alle Beteiligten eine Baustelle organisieren und verwalten, denn der Pachtvertrag umfasst neben dem Pachtzins auch die Sanierung von Dach und Fassade des Hauses. Diese Aufgaben wären zusätzlich zu den im Haus beherbergten Projekten zu stemmen.

Aktuell besteht die Charlottenstraße 28 aus drei Teilprojekten. Das rechte Patterre des Hauses beherbergt den **Buchladen SPUTNIK**, der im vergangenen Jahr zünftig seinen fünften Geburtstag feierte. Der Buchladen, im Gründungsjahr von gerade vier Enthusiast_innen ins Leben gerufen und inzwischen von zehn Menschen in ihrer Freizeit kollektiv betrieben, hat sich zu einem wichtigen Anlaufpunkt für kritikfreudige Lesekundige entwickelt.

Anders als in gewöhnlichen Buchhandlungen kann Mensch sich im SPUTNIK mit einem Buch in die Leseecke zurückziehen. Auch zum Diskutieren und Kaffeetrinken taugt der im Winter von einem gusseisernen Bullerjahn-Ofen geheizte 100-Quadratmeter-Ein-Raum-Laden hervorragend. Natürlich sind die „SPUTNIKs“ auch nicht böse, wenn Mensch die im Laden angebotene Literatur auch tatsächlich käuflich erwirbt.

Das Buchladen-Kollektiv hat den Anspruch, Literatur abseits des gesellschaftlichen Mainstreams anzubieten. Zudem wird der SPUTNIK regelmäßig genutzt, um Lesungen, Buchvorstellungen oder Diskussionsrunden Platz zu bieten. Auch das Plenum der SPUTNIKs und das Hausplenum aller Projekte der Charlottenstraße 28 finden im Buchladen statt.

Auf der anderen Seite des Erdgeschosses öffnet die **OLGA** täglich ab 19 Uhr ihre etwas lädierte Eingangstür. Das Kneipenkollektiv arbeitet ebenfalls ehernamtlich und betreibt die OLGA in der aktuellen Konstellation seit fast fünf Jahren Die kleine Ein-Raum-Kaschemme ist einer der letzten alternativen Anlaufpunkte der Potsdamer Innenstadt und versteht sich als nichtkommerzieller, linker Treffpunkt. Raum bietet die Kneipe auch und geraden jenen Menschen, die sich das übliche gastronomische Preisgefälle in der Landeshauptstadt nicht leisten können. Der halbe Liter Gerstensaft für einen Euro – in der OLGA ist das seit 2004 Realität und Verkaufsschlager in Einem.

Innerhalb der Kneipe – die sich durch ein wöchentliches Plenum organisiert – gelten spezielle Spielregeln für das zwischenmenschliche Miteinander von Gästen und Betreibern. Wer seinen Durst vorzugsweise mit pöbeligem Mackergehabe und homophoben oder rassistischen Witzen herunterspült, der trinkt sein Bier besser anderswo.

Neben dem alltäglichen Kneipenbetrieb bietet das Café OLGA verschiedene Veranstaltungen wie Filmvorführungen, kleinere Konzerte oder Umsonst-Tausch-Nachmittage. Doch natürlich kann sich jeder Mensch auch schlicht an den selbstgetischlerten Tresen setzen, das Flackern der Kerzen im Ablüftungsstrom genießen und sich seinem Glas Wein, seiner RIXI oder seinem Export-Bier hingeben.

Komplettiert wird das Hausprojekt Charlottenstraße durch die Bewohneretage, die über dem Buchladen und der Kneipe „residiert“. Die aktuellen Bewohner begannen ihr Engagement im Haus mit der Innensanierung der

> gesamten ersten Etage im Jahre 2006 und verpassten dieser unter anderem eine neue Elektroinstallation und ein wohnliches Ambiente. Große Teile der Verwaltung des Hauses sind seit 2006 auf die Bewohnerinnen und Bewohner übergegangen.

Auf das Hausprojekt kommen nun – wie schon eingangs erwähnt – neue, komplexe Aufgaben zu, die sich nur mit vereinten Kräften bewältigen lassen. Als Erbbaupächter_innen würde der Verein die Sanierung des Hauses entsprechend den Vorgaben des Pachtvertrages finanzieren und bewerkstelligen müssen. Die Sanierung von Fassade und Dach müssen der Ersten Barocken Stadterweiterung entsprechen.

Zudem muss der Verein bereits zu Vertragsbeginn etwa 24.000 Euro auf den Tisch packen, um Gebühren, Notarkosten und den sogenannten Ausgleichsbetrag für das Grundstück zahlen zu können. Zudem braucht es Bürgschaften in Höhe von mehreren Zehntausend Euro, um den Baukredit gegenüber der GLS-Bank abzusichern. Wer dem Haus also mit einem Direktkredit oder einer Bürgschaft über 500 bis 3.000 Euro helfen kann und will, der darf sich gern melden.

Darüber hinaus steht die 28 nach Abschluss des Vertrages vor der logistischen Bewältigung der Baustelle am Haus. Auch hier sind fachkundiger Rat und handfeste Hilfe jederzeit willkommen. Wer auch weiterhin einen linke Anlaufhafen im preußisch-hellgelben Meer der Innenstadt haben will, der kann und darf jetzt etwas dafür unternehmen.

Anlaufpunkt für Unterstützung aller Art ist das Hausplenum, welches im Abstand von drei Wochen jeden Montag gegen 20 Uhr im SPUTNIK zusammenkommt. Hilfsweise darf Mensch sich mit seinen großzügigen Bargeldspenden oder nützlichem Know How auch beim OLGA-Plenum melden, das jeden Montag um 18.30 Uhr tagt, oder im, fast immer zwischen 10.00 und 19.00 Uhr geöffneten, Buchladen abgeben.

neue-farben@gmx.de

Potsdam – am Arsch...

Bericht einer Berlinexilantin – Teil 1: Der Hauptbahnhof, das Leben und der ganze Rest

... der Welt? Seit ich vor zwei Monaten aus Berlin hierher gezogen bin, werden meine dortigen Freunde nicht müde, mich das zu fragen. Die Antwort variiere ich mehr oder minder gekonnt: „Höchstens am Arsch von Berlin"; „Du lebst doch bloß in meiner stinkenden, hässlichen Vorstadt"; „Schnauze, gib mir lieber noch n Bier". Nerven tut's trotzdem. Schließlich ist Potsdam nicht nur aus Metropolensicht geografisch anders begabt, sondern auch einfach mal spannend.

Du, der Du jetzt gerade dieses Papier in Händen hältst, wohnst vermutlich schon etwas länger hier, möglicherweise schon immer, und in beiden Fällen möchte ich Dir davon erzählen, wie ich Potsdam als freiwillige Neu-Exilantin wahrnehme.

Aus Berlin kommend lande ich am Hauptbahnhof, über den hier jeder meckert. Und wahrlich, der Klotz ist ästhetisch so anspruchsvoll wie ein durchschnittliches Zahnarzt-Wartezimmer, und irgendwie frisst wegen ihm das Grundwasser jetzt wohl auch unter meinem Haus in der Innenstadt die historischen Holzpfeiler auf, so dass ich ohne eigenes Zutun vom Dachgeschoss ins Souterrain ziehen werde, und ja, es läuft reichlich säbelrasselnde Security herum – aber mal ehrlich! Es ist ein deutscher Hauptbahnhof; was will man davon erwarten? Man strafe mich für meine unbeleckte Naivität, aber mir scheint es da um etwas anderes zu gehen, nämlich schlichtweg darum, sich politisch zu positionieren. Quasi das Kneipengesprächserkennungszeichen für eine kritische linke Meinung.

Überhaupt ist man in Potsdam gern engagiert, gern kritisch und gern in Kneipengespräche verwickelt. Und zumindest der erste dieser Punkte unterscheidet den hiesigen Eingeborenen vom Berliner: Der diskutiert auch leidenschaftlich und ist mindestens ebenso energisch am Saufen, von echtem Engagement jedoch meist noch eine Deadline, eine Party, einen Rucksacktrip oder eine Entziehungskur entfernt. Es ist dort, kurz gesagt, ganz normal, nichts gegen das zu tun, was einen stört.

Ob wegen der relativen Übersichtlichkeit der politischen Ziele, ob wegen eines weniger breit gefächerten Freizeitangebots, ob wegen eines latenten Lokalpatriotismus' – es ist hier, kurz gesagt, ganz normal, etwas gegen das zu tun, was einen stört.

Stünden das Waschhaus und der Lindenpark in Berlin, wären sie in punkto Protest längst sang- und klanglos, dafür aber unter umso lauterer Begleitmusik diverser Soli-Fun-Partys in der subventionsfreien Versenkung untergegangen. Würde die DVU in Berlin zaghaft zwei Dutzend renitenter Rentner versammeln, gingen selbst hartgesottene Linke vorbei, ohne Notiz zu nehmen. Das Spartacus wäre längst vergessen und die Garnisonskirche in einer wenig beachteten Zeremonie eingeweiht, weil: „Man kann ja eh nix gegen tun", respektive: „Ich hab noch was anderes zu tun."

In Potsdam werden auch viele Phrasen gedroschen. Hier wie überall verpufft viel Potenzial in der wirkungsfreien Zone luftiger Politphantasien. An den entscheidenden Stellen gibt es aber wehrhaften, vehementen Widerstand. Dafür vergebe ich einen glasklaren Standortsieg durch K.O. an mein schönes neues Städtchen.

Und nun sehe ich mich mal am Platz der Einheit um, am „central interchange point", wo fünf Tramlinien sich zu einem mächtigen Strom vereinen und der Puls der Stadt pocht. Mal schauen, ob Potsdam dort seine Führungsposition verteidigen kann...

Loca Laura

Die DVU aus`m Konzept gebracht?

...ein paar Gedanken zu den Wahlen und der Beziehung zwischen DVU und NPD

Mit den diesjährigen Kommunalwahlen am 28.September traten die rechten Parteien DVU und NPD gemeinsam an und errangen mehr Mandate als noch vor fünf Jahren. Die NPD steigerte sich in Prozentzahlen um über das Dreifache, die DVU lediglich um über ein Drittel. Damit sitzen sie in allen Kreistagen, für die sie kandidierten.

Ein gezielter Wurf, ein verstörter DVU-Abgeordneter und dann endgültige Stille - so endete die DVU – Kundgebung am 20.September auf dem Luisenplatz in Potsdam. Ob Schwemmer und Co. nach der Kommunalwahl ebenso etwas verstört und still waren, als sie ihre Ergebnisse vergleichend zur NPD erhielten?

Ein „Pakt" für Brandenburg?

Mit dem Deutschlandpakt von 2005 beschlossen NPD und DVU gemeinsam „nationalpolitische Wege" auf parlamentarischer Ebene einzuschlagen. Sie sollten sich nicht länger Rechtswählende gegenseitig ausspannen, sondern teilten sich Wahlen und die Bundesländer untereinander auf. Eine Taktik die zeigt, wie mager das Potential jeder Partei im Alleingang auf einer größeren politischrelevanten Ebene eigentlich zu dieser Zeit war, könnte mensch meinen.

In Brandenburg wurde auf die DVU gesetzt. Beim ersten Hinsehen scheint die Brandenburger Landtagsfraktion ein müder Haufen von rechten, tierlieb-familienfreundlichen Mittfünfzigern zu sein, die sich im Auftreten ohne Ton wohl kaum von einer anderen Fraktion unterscheiden. Und sie fällt eben nicht auf. Auch eilt ihnen der Ruf einer „Phantompartei" voraus, die sich eher durch ihre Fraktionsnachrichten auszeichnet, als durch die Planung irgendwelche r öffentlichkeitswirksamen Aktionen.

Warum also die DVU in Brandenburg, und nicht die NPD, die dafür bereits etikettiert ist, durchweg alle Generationen anzusprechen und sie mit den für den Osten stereotypisch stehenden extrem rechten Jugendlichen das passende Zielpublikum hätten?

Wird die in München ansässige DVU einfach unterschätzt?

Immerhin errang sie bei den Brandenburger Landtagswahlen 2004 sechs Sitze. Zu dieser Zeit erlebte die NPD in Brandenburg ihren Niedergang durch einen Kollektivausstieg von 22 Mitgliedern als Reaktion auf die Nominierung des gebürtigen Serben Safet Babic 2003 zur NPD- Kandidatur für die Europawahl.

Damit verlor die NPD in Brandenburg mit einem Schlag den Kreisverband Prignitz und den damaligen Landesvorsitzenden Mario Schulz.

Aus diesem Umkreis gründete sich die „Bewegung Neue Ordnung", später als „Schutzbund Deutschland" aktiv, welcher 2006 durch Innenminister Schönbohm verboten wurde. Eine Gruppe mit an die NSDAP angelehnte Ideologie, die zunächst zu den Landtagswahlen als „Ja zu Brandenburg" kandidierte und schließlich 2005 zu den Bundestagswahlen zum allgemeinen Wahlboykott aufrief. Ein (Wahl-) Boykott gegen die NPD, der bis heute Spuren in der Prignitz und Umgebung hinterließ. Obwohl der NPDler Peter Börs im Frühling letzten Jahres zur Gründung eines „Stützpunktes Neuruppin" lud, konnten bis heute keine erfolgreichen NPD-Strukturen aufgebaut werden. Dafür sitzt die DVU heute mit Dietmar Krüll im Prignitzer Kreistag. Daher könnte mensch behaupten, dass auch wenn der „Deutschlandpakt" in der Öffentlichkeit als selbst gewählter Prozess beider rechter Parteien angesehen wird, dieser eher zeitlich für die Brandenburger

NPD gelegen kam, um ihre Misere nicht länger als potentiellen Angriffspunkt stehen zu lassen. Und die DVU hatte freie Bahn in Brandenburg.

Zu den letzten Kommunalwahlen erreichte sie im Durchschnitt doppelt so viele Stimmen, als die NPD. Bei den diesjährigen Wahlen jedoch gingen sechzehn Sitze an NPD und dreizehn Sitze an DVU-Kandidierende in allen Kreistagen außer Ostprignitz-Ruppin und kreisfreien Städten außer Brandenburg/ Havel und Frankfurt/ Oder.

Der Trend zum Auffallen.....

Der DVU- Kandidierende Sigmar-Peter Schuldt beschwerte sich, dass das Ergebnis für die NPD besser ausfiel, da sie mehr Publicity erreichten, (PNN vom 30.09.2008). Wirkliche Schlagzeilen von DVU-Seiten aus brachten Schwemmers Doppelmitgliedschaft und kürzlich Liane Hesselbarths Sohn, der erneut an einem Übergriff auf ein alternatives Jugendprojekt in Strausberg beteiligt war.

Faktisch jedoch war die NPD medial in aller Munde. Nicht nur, dass sie aus ihrem Tief auferstanden zu sein schienen, sondern auch Schlagzeilen wie "Planung eines NPD- Schulungszentrum in Brandenburg", diverse NPD- Demonstrationen oder „NPD-Wachschützer" an Baggerseen, aber auch Wahlkampf-spezifische Meldungen wie, die NPD hole sich Unterstützung aus Sachsen, Parteifunktionäre wie Marcell Horlebeck mussten durch ihre Gewalttaten von ihrer Position als Vorsitzende des Stadtverbandes Rathenow zurücktreten oder die Kandidatur des rechtsextremen Totschlägers Alexander Bode in Guben, prägten die Presselandschaft rund um die Wahlen.

Es stimmt schon, dass die NPD medial präsenter war als die DVU, weil sie eine regelrechte Schlagzeilenmanier an Tag gelegt hat. Ihre Mitglieder gehören mitunter zu extremen und gewaltbereiten Neonazis und HDJ-Aktive wie die in Oberhavelland -Kandidierende Stella Hähnel. Selbst Stimmen aus der Brandenburger DVU grenzten sich hin und wieder von der NPD-Politik ab - nur werden taktische Gründe eher eine Rolle gespielt haben, als ideologische Bedenken.

Alle zusammen...

Das momentane Motto scheint „alle zusammen zieht an einem Strang" – zu sein:

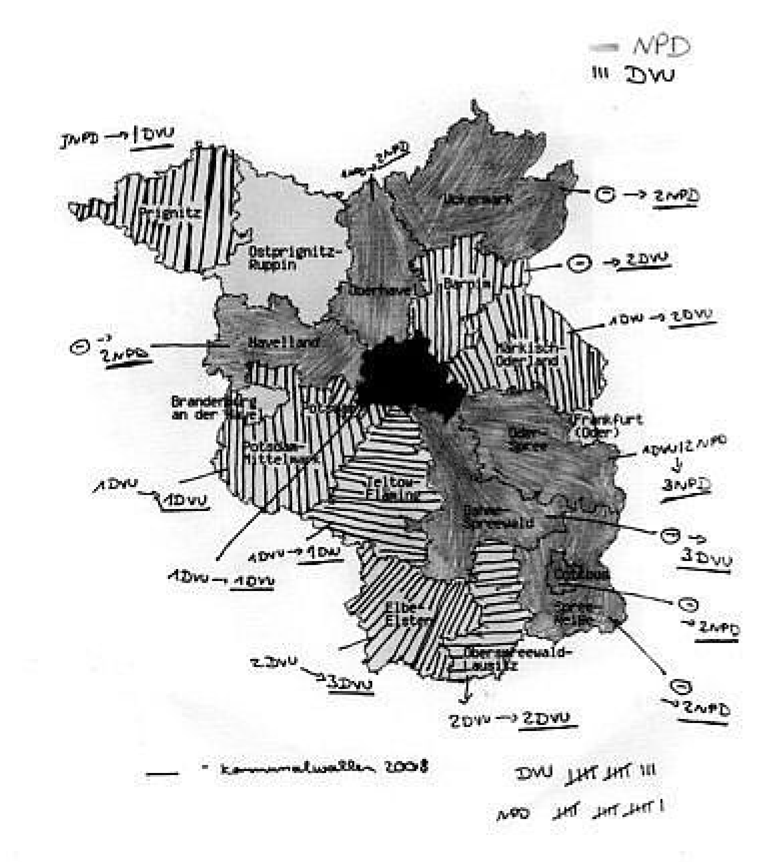
Die DVU, die NPD und ihre „nationale[n] Politiker", die nicht unter ihrem Parteilabel kandidieren wollten, mit dabei u.a. Neonazi-Kameradschaftskader Worch supported by "Nazi-Omis und Opis" sowie "kleinen, palituchtragenden Mädchen".

Doch Spaltungen sind auch hier möglich, da das Eis sehr dünn ist - ein Unterstützungsende ist imemr möglich.

Bis dahin ist die NPD in Brandenburg mit ihrem Landesvorsitzenden Beier im Inbegriff ihre Strukturen basal auszubauen.

Nach den Kommunalwahlen am 28.09.2008 sitzt die NPD nun mit mindestens zwei bis drei Sitzen in Kreisverbänden und kreisfreien Städten und lag auch klar vor der DVU, als sie gemeinsam in Oder-Spree kandidierten (NPD: 4,5%, DVU 0,9%) .

Eine oft im (medialen) Raum stehende These ist, dass die NPD für die Kommunalwahlen kandidierte um die DVU zu überrennen und endlich auch Erfolge bei den Landtagswahlen zu erzielen um parlamentarisch vertreten zu sein. Bislang lautet es aus einer Pressemitteilung auf der Internetseite der NPD Oderland, dass sie nun mit den Vorbereitungen für die Bundestagswahlen nächstes Jahr anfangen, ob die NPD bei der Landtagswahl teil nimmt, bleibt offen.



Bislang ist die DVU im "Deutschlandpakt" für die Kandidatur bei den Landtagswahlen im Herbst 2009 vorgesehen.

So oder so muss sich der Potsdamer Stadtverordnete Schwemmer keinen Loyalitätsfragen stellen - schließlich hat er sich durch seine Doppelmitgliedschaft in beiden rechtsextremen Parteien für die Zukunft abgesichert.

***luca_s**

Was macht

Die Kampagne "Keine Stimme den Nazis!", getragen von autonomen Antifa-Gruppen, Partei-Jugendverbänden und Gewerkschaften, gründete sich Anfang des Jahres 2008 mit Blick auf die Kommunalwahlen am 28. September, um etwas gegen den Einzug von Neonazis in Brandenburger Kommunalparlamente zu unterne hmen. Selbsterklärtes Ziel der Kampagne war es, "den Nazis einen dicken Strich durch die Rechnung zu machen – sowohl bei den Wahlen, als auch im Alltag, auf der Straße, im Jugendclub oder im Verein." Unter dem "KSdN"-Label fanden einige Veranstaltungen in verschiedenen brandenburgischen Städten statt, es wurden Flugblätter und eine Kampagnenzeitung publiziert und schließlich zog eine Abschlussdemo durch Potsdamer Neubaugebiete.

In diesem Artikel möchten wir das Konzept und einige konkret gelaufenen Aktionen der Kampagne diskutieren, da diese uns an vielen Punkten negativ aufgestoßen ist. Es soll allerdings kein "bashing" darstellen. Wir haben natürlich auch keine Patentlösung für die Frage, wie mit den Neonazis in Brandenburg umgegangen werden kann. Wir erhoffen uns vielmehr, mit diesem Artikel zu einer Diskussion darüber beizutragen, wie emanzipatorisches Engagement gegen Neonazis aussehen kann und sollte. Wir haben den Eindruck, dass diese Diskussion im Rahmen der Kampagne, viel zu wenig geführt worden ist. Außerdem liegt die Landtagswahl in nicht einmal einem Jahr vor uns und es bietet sich, ebenso dringlich wie sonst auch, an, über Perspektiven antifaschistischen Engagements in Brandenburg nachzudenken.

Die inhaltliche Debatte führen!

Der Kampf gegen den gewalttätigen Rechtsextremismus ist für Linke in Ostdeutschland bittere Notwendigkeit. Zum einen, weil sie selbst von diesem unmittelbar an Leib und Leben bedroht werden, zum anderen, weil die extreme Rechte militant all das verneint, wofür die Linke steht, bzw. stehen sollte. Aus diesem Grund gilt: Antifaschismus sollte erfolgreich sein. Wenn Antifaschismus aber erfolgreich sein soll, dann muss er sich dem richtigen Gegner, zur richtigen Zeit, am richtigen Ort mit den richtigen Mitteln entgegenstellen. Damit dies nicht nur zufällig geschieht, sondern auch geplant und überlegt, ist eine präzise Analyse des Rechtsextremismus und der Gesellschaft, die ihn hervorbringt nötig. Antifagruppen verfügen heute jedoch selten über eine derartige Analyse. Meistens werden überlieferte Ideologiebruchstücke, angelesene Theoriefetzen, eigene Erlebnisse und deren Deutung zusammengemischt und bilden dann das Fundament für politische Einschätzungen. In der Regel verfügen Antifas über bessere Kenntnisse darüber, wo welcher Nazi wohnt, welche Klamotten er trägt und bei welchen Aufmärschen er gesichtet wurde als darüber, welche sozialen und politischen Prozesse die aktuellen Entwicklungen des Rechtsextremismus bedingen und/oder von ihm beeinflusst werden. Die Antifagruppen, die sich eine darüberhinausgehende Analyse erarbeiten, tun dies meist isoliert von den anderen, überregionale oder gar landesweite inhaltliche Diskussionen finden kaum statt. Das muss so aber nicht sein. Eine intensive Diskussion untereinander, die in kritischer Absicht theoretische Ansätze aus der Geschichtswissenschaft, der Faschismus- und Rechtsextremismusforschung mit empirischen Beobachtungen zusammenbrächte, fehlt dem linken Antifaschismus zur Zeit zwar, dieser Mangel ließe sich aber beheben. Von Linken organisierte landesweite antifaschistische Kampagnen können ein Ausbruch aus der kommunalen/regionalen Isoliertheit der Szene- und Zirkellinken, die sich in lokalen Konflikten aufreiben und in engen Millieus gefangen sind, sein. Die aus praktischen Gründen vorgenommene Vernetzung bietet das Potential für eine inhaltliche Debatte auf einem Niveau, das allein aufgrund der größenen Zahl und Heterogenität der Beteiligten fruchtbarer sein könnte. Deshalb ist an solche Kampagnen der Anspruch zu stellen, dass sie nicht nur eine flächendeckende Außenwirkung und eine praktizistische Arbeitsteilung herstellen sollen, sondern auch eine Plattform schaffen, auf der die Beteiligten politische, anaytische und theoretische Diskussionen kontrovers führen können. Eine Kampagne, die diese Plattform nicht herstellt (wie zum Beispiel die Kampagne KSDN), wird in der Regel keine Auswirkung über den Tag hinaus haben.

Das Kreuz mit der NPD

Die Kampagne hat sich augenscheinlich zum Schwerpunkt gesetzt, Kritik an der NPD zu üben. In keiner Weise wird in dem Zuge an dem herrschenden und letzten Endes gefährlichen Bild gezerrt, es gebe einerseits "die Demokraten" und auf der anderen Seite "die Extremisten". Die Veröffentlichungen der Kampagne,

>>>

>>> das ist offenbar Kalkül, kratzen an der Oberfläche der Analyse und Kritik von Rassismus, Neonazismus und anderen autoritären Denkweisen. Vielmehr als die Aussage: "Nazis sind doof!" lässt sich den Äußerungen nicht entnehmen. Der "Aufruf" kommt nicht darüber hinaus, neben den üblichen mainstream-Beschreibungen der Neonazi-Szene, 'mal kurz "Schweigende Toleranz" anzusprechen, die den Nazis ihre Sache erleichtere. Aber auch diese Beschreibung ist nicht besonders tiefgehend. Dieser Art von Kritik muss entgegengehalten werden, dass die NPD nur eines, nicht das Problem ist, wenn es um die Kritik von Rassismus, Antisemitismus und anderer autoritärer Denkmuster geht. Von insbesondere die (noch?) sehr strukturschwache NPD, bei weitem noch nicht stark genug, dass es notwendig wäre, in einen Alarmismus zu verfallen, der die nächste "Machtergreifung" vor der Tür sieht und jede über die Ablehnung von Neonazis hinaus gehende Kritik verwirft, nur mit dem Ziel, möglichst große und breite Notwehr-Bündnisse zu bilden.

Dass das Bild einer "extremistischen" NPD, die sich von den "Bürger_innen" bzw. "demokratischen" Parteien klar unterscheide, verfehlt ist, liegt auf der Hand. Neonazis sind nicht nur wegen der Enttäuschung über die großen Parteien populär (Stichwort "Protestwähler"), sondern eben auch bis hin zu allgemein menschenrechtlich orientierten Einstellungen. Die lokale Gewerkschaftsvorsitzende oder der Kumpel von der Skat-Gruppe kann dies aber vermutlich viel besser vermitteln, als eine Postwurfsendung oder an einem Sonntag auftauchende Grüppchen mit Flyern in der Hand. Warum richten sich, im öffentlichen Diskurs eher marginale, Antifa-Gruppen mit inhaltlichen Positionen an die Öffentlichkeit, mit denen sie die öffentliche Debatte, die Nazis zu oft als Gefahr für die öffentliche "Sicherheit und Ordnung" und das Image des "Standorts" ("Neonazis schädigen Tourismus / gefährden Investitionen / das 'Image' der Stadt ...[blablabla]") wahrnimmt, kaum voran treiben und

die Antifa?

dem "Extremismus der Mitte" mal abgesehen, fand selbst die DVU nur untergeordnet Erwähnung, obwohl sie sich bereits seit 2 Legislaturperioden im brandenburgischen Landtag hält und, zumindest bis vor der diesjährigen Kommunalwahl wesentlich mehr Kommunalparlamente als die NPD "erobert" hatte. Kein Wort widmet die Kampagne den autoritären und brutalisierten Charakteren, die dafür sorgen, dass in Brandenburg auch Gegenden ohne nennenswerte rechte politische Strukturen No-Go-Areas für alle vom Bild des stolzen Normaldeutschen abweichenden Menschen sind.

Sicher, es ist notwendig, gegen die NPD aktiv zu werden und ihren Strukturaufbau in Brandenburg zu sabotieren. Auch ist das Ergebnis der jüngsten Kommunalwahl in einigen Landkreisen und Gemeinden nicht gerade rosig und es hätte teils noch schlimmer kommen können. Trotzdem sind neonazistische Parteien, und wegen ihrer Ideologie. Die NPD kann zu einem relevanten Teil Erfolge gerade deshalb verbuchen, da sie vielerorts an bestehende autoritäre Denkmuster andocken kann. Biologistische und kulturalistische Identitätsdiskurse, Leistungs- und Verwertungsideologien und andere rechte Positionen sind sehr weit verbreitet, Neonazis und andere Ultrarechte treiben sie "nur" auf die Spitze. Da Neonazi-Ideologie eben auf bestehenden, weit verbreiteten Denkmustern aufbauen kann, ist es sinnvoll, jene anzugreifen und nicht nur die neonazistischen "Extreme". Genau an dieser Stelle sollte mit der eigenen gesellschaftskritischen Positionen nicht hintern Berg gehalten werden.

Ziemlich viele gesellschaftliche Gruppen, darunter auch eines emanzipatorischen Selbstverständnisses völlig unverdächtige, finden Nazis ziemlich doof. Dies aus unterschiedlichen Gründen, von Standortlogiken damit eher einen breiten öffentlichen Quasi-Konsens bestätigen?

Wir denken, dass es für emanzipatorische linke Politik notwendig ist, Kritik an jedem autoritären, rassistischem und faschistoiden Gedankengut zu üben. Es gilt die Diskurse anzugreifen, auf denen Neonazis aufbauen können. Breite Bündnisse können sich dafür durchaus anbieten. Allerdings meinen wir, dass dies nicht zu dem Ergebnis führen sollte, den inhaltlichen Tiefgang ebenso zu vermeiden, wie diverse Bündnispartner_innen. Es ist vielmehr notwendig, emanzipatorischen Positionen im Rahmen von Bündnissen Gehör zu verschaffen. Appelle an die Bevölkerung, die NPD nicht zu wählen, weil in ihren Reihen "Betrüger, Schläger und Kriminelle" sitzen und "Ausländer [doch] Arbeitsplätze schaffen", werden von anderer Seite schon genug forciert. Mit einem Rückfall in autoritäre, teils sogar eindeutig rassistische Argumentations-

muster wie in "speziell", ist "der Sache" keinesfalls gedient.

Speziell dir deine Meinung!

Die Kampagne wählte für ihre Zeitung das Format eines Boulevardblatts. Dieser "Antifa-BILD" muss zu Gute gehalten werden, dass sie zumindest den Versuch unternimmt, an Leute außerhalb der linken Szene oder der engagierten Zivilgesellschaft heranzutreten und jene zu erreichen, die eventuell ihr Kreuz bei der NPD machen. Schließlich gilt es, aus der Politik des Kreisens im eigenen Szene-Sumpf herauszukommen. Auch muss natürlich positiv hervorgehoben werden, dass an einigen Stellen vorsichtig darüber hinaus gegangen wird, was in einigen Lokalblättern und Äußerungen von Personen des öffentlichen Lebens im Rahmen der "Rezeption" von Neonazismus zum Standard gehört. Positiv außerdem, dass auf die Situation der Flüchtlinge aufmerksam gemacht wird und den potentiellen Opfern und Betroffenen von neonazistischer Ideologie ein umfangreicher Teil gewidmet wird.





Jedoch ist die enorme Vereinfachung komplizierter Sachverhalte, die Bedienung antiemanzipatorischer Diskurse wie zum Thema Kriminalität und Arbeit in der "Speziell" massiv zu kritisieren. Die Darstellung komplexer Sachverhalte für eine Zielgruppe, die nicht 10 Semester geisteswissenschaftlicher Studien hinter sich hat, ist durch die Verwendung einer einfachereren Grammatik, allgemein bekannter Vokabeln und einen klaren Ausdruck möglich. Wer glaubt, Menschen mit einer geringeren formalen Bildung nur mit platter Propaganda statt mit inhaltlicher, auch widersprüchlicher Analyse (für die dann eine der Zielgruppe entsprechende sprachliche Ebene zu finden wäre), hält seine Zielgruppe nicht nur für unverbesserbar dumm und aufklärungsresistent, sondern begibt sich auch des Anspruchs, sich und andere ein Stück klüger zu machen. Dann stellt sich aber die Frage, warum man sich noch an diese Zielgruppe wendet. Die einzige Antwort, die von gewisser logischer Stringenz ist lautet, dass sich die Leute, die hier angesprochen werden sollen, nur als bloße Masse linker Führung unterstellen und nicht zu Subjekten emanzipieren sollen. Autoritäre Prägungen sollen nicht aufgebrochen, sondern nur linker Politikmacherei nutzbar gemacht werden.

Linke Aufklärung sollte immer zum Ziel haben, die Fähigkeit zum Verständnis gesellschaftlicher Prozesse und zur selbstkritischen Reflektion der eigenen Rolle darin zu bestärken. Dabei geht es für Linke nicht darum, als "schon Erleuchtete" den Massen die Wahrheit zu bringen, sondern stets auch und gerade sich selbst kritisch zu hinterfragen. Reflektions- und Kritikfähigkeit wird gefördert durch das Erschüttern liebgewordener Bequemlichkeiten und intellektuelle Herausforderungen (was etwas anderes ist, als Überforderung). Denn erst dadurch entwickeln Menschen andere Denkstrukturen. Die Kampagne KSDN glaubt hingegen, vorhandene Denkstrukturen einfach mit anderen Inhalten füllen zu können. Dass die Strukturen in denen Menschen denken dabei ein mindestens ebenso großes Problem darstellen, wie die Inhalte, ist eine Erfahrung, die die Linke in den letzen hundert Jahren ein paarmal gemacht hat (oft genug auch mit großen Opfern bezahlen musste). Allerdings scheint diese Erfahrung, wie jede im übrigen jede andere historische Erfahrung, der Kampagne abzugehen. Darin schlägt sich eine Nichtreflektion des eigenen Tuns nieder, die bestenfalls zur Folge hat, dass die Kampagne so effekt- wie besinnungslos vor sich hinwerkt, aber durchaus auch die - ungewollte - Bestärkung reaktionärer Tendenzen zur Folge haben kann.

Inhaltlich ist an der "Speziell" das Abhandeln der Themen Arbeit, "Ausländer" und "kriminelle Nazis" zu kritisieren. Hier wird teilweise massiv reaktionäres Gedankengut verbreitet bzw. bestärkt.

Fehlende Kritik am Arbeitsethos

Faschismus, Nationalsozialismus und ihre heutigen Epigonen kreisen um den Begriff der Arbeit. Arbeit verstehen diese politischen Bewegungen als überhistorische, quasinatürliche Konstante. "Der Arbeiter" - weiß, maskulin, stark - ist nicht nur das

Leitbild der traditionellen deutschen Arbeiter_innenbewegung, sondern auch der faschistischen Rechten. Die traditionelle Arbeiter_innenbewegung (in der SPD, PDS und Gewerkschaften historisch und ideologisch wurzeln) hat eine Kritik am Kapitalismus, die meist da ansetzt, wo Kapitalisten sich das Produkt der an sich "guten" Arbeit aneignen und die Arbeiter_innen beim Tausch Arbeitskraft gegen Arbeitslohn "übervorteilen".

Die Rechte sieht den Grund für Elend und Armut der "hart Arbeitenden" nicht darin, dass der Verkauf von Arbeitskraft zwangsläufig nicht zu einem Leben in Luxus und Völlerei führt, sondern darin, dass böse, möglichst fremde ("jüdische") "Plutokraten" oder "Heuschrecken" den Arbeiter um seinen gerechten Lohn betrügen.

Eine verkürzte Kapitalismuskritik auf der Basis eines unkritischen Arbeitsbegriffs, wie sie die traditionelle Arbeiterbewegung hat(te) führt offensichtlich dazu, dass die Rolle des Ausbeuters schnell mit "jüdischen Bankiers", "Heuschrecken" etc. gefüllt werden kann und so eine große Offenheit gegenüber einer Kapitalismuskritik besteht, wie sie die Rechte pflegt.

Um Arbeit dreht sich auch schwerpunktmäßig die KSDN-Kampagnenzeitung. Ob Baaske behauptet, die Neonazis würden "uns" die Arbeitsplätze wegnehmen, Ausländer_innen als Firmengründer_innen gelobt werden oder für den Mindestlohn geworben wird - das Verhältnis zu Arbeit ist genauso ungebrochen positiv wie bei den Rechten. Das Gewerkschaftsmitglieder überproportional häufig rechte Einstellungen teilen (was die von der DGB-Jugend mitherausgegebene Kampagnezeitung natürlich nicht mitteilt), könnte daran liegen, dass das gewerkschaftliche Arbeitsethos dem der Rechten nicht so fern liegt.





Unangehm wird es, wenn die "Speziell" die IG BAU für ihren Kampf für besser Arbeitsbedingungen für Wanderarbeiter lobt (S.6). Hier wird verschwiegen, dass sich gerade diese Gewerkschaft bisher noch an fast jeder Jagd auf illegalisierte Arbeiter_innen und jeder rassistischen Kampagne gegen "Schwarzarbeiter_innen" beteiligt hat.

Die Kampagnenzeitung (und auch die Kampagne) hat keine Ahnung von Vorurteilstrukturen. Wenn jemand sagt, sie_er wähle NPD, weil "die Ausländer" "uns" die Arbeitsplätze wegnehmen würden, dann liegt das nicht daran, dass die betreffende Person einfach n ur falsch oder schlecht informiert ist.

Einmal Ausländer, immer Ausländer, aber wenigstens schaffen sie Jobs

"Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg". Dieser Spruch ist wohl sprichwörtlich für den ganz alltäglichen Rassismus. Es ist aber nur eine scheinbare Legitimation für tiefer liegende rassistische Stereotype. Und diese Meinung erwarten die Macher_innen von "speziell" offensichtlich in der eigenen Leser_innenschaft. Dieser Einstellung aber entgegenzuhalten "Ausländer schaffen Arbeitsplätze" ist eine merkwürdige Strategie. Auch hier sind die "Ausländer" die Outgroup, die ewig "Anderen", da sie in dieser Satzkonstruktion und in diesem Denkgebäude wiederum nicht dazugehören. An der Stelle, wo über "Ausländer als Firmengründer" berichtet wird, werden auch die Begriffe "Ausländer" und Mensch "mit Migrationshintergrund" synonym verwendet. Vermutlich unabsichtlich ist es dennoch extrem problematisch, die Sprache zu übernehmen und zumindest das rassistische Stereotyp nicht anzugreifen, wonach "Ausländer", auch nach Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft, auf ewig "Ausländer" blieben.

Haltet den Dieb!

Schwierig auch die völlig unkritische Übernahme der Argumentation, wonach jemand, wenn sie_er nur "kriminell" ist, politisch (und auch anderweitig) nicht mehr zurechnungsfähig sei. In dem Text "Abholen ohne einzuholen" argumentiert die_der Autor_in ziemlich treffend: "Dass jemand 'vom Knast direkt' in den Vorstand einer Partei kommt (...) ist an sich kein Skandal. Dass jemand Rassist ist, dass

>>> jemand den Nationalsozialismus verherrlicht und seine Opfer verhöhnt, dass jemand, wie Michel Müller jahrelang brutalste Übergriffe begeht, ist ein Skandal. Eine Vorstrafe an sich, ist es nicht." (S. http://inforiot.de/news.php?topic=news&article_id=16198). Der in der Zeitung außerordentlich präsente Hinweis darauf, dass mensch es bei den Neonazis mit "Betrügern, Schlägern und Kriminellen" zu tun habe, reproduziert ein reaktionäres Verständnis von Norm und Abweichung, was Gehorsam und Gesetzestreue glorifiziert, strukturelle Gewalt ignoriert und auch linken Aktivist_innen zwischen die Beine fallen kann. >

Revolutionärer Antifaschismus revisited

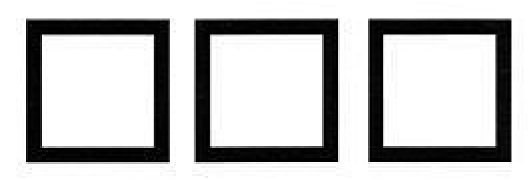
Das Mittel der antifaschistischen Bündniskampgagne in der Form, wie sie die Kampagne KSDN darstellt, wurde in den 90er Jahren von den aus der autonomen Bewegung hervorgegangenen Antifa-Gruppen, vor allem von den in der "Antifaschistischen Aktion - Bundesweite Organisierung" (AA/BO) organisierten, entwickelt. Die programmatische Grundlage dieser Gruppen war das Konzept des "revolutionären Antifaschismus". Ausgehend von der Erfahrung, dass in Deutschland bis Ende der 80er Jahre die Angehörigen/Repräsentanten der gesellschaftlichen Eliten biographisch durch ihr Beteiligtsein an den nationalsozialistischen Verbrechen geprägt waren und und von einer an die Dimitroff-Formel angelehnten Faschismusanalyse sahen diese Gruppen Antifaschismus als ein politisches Kampffeld an, auf dem der Kampf gegen den Kapitalismus geführt werden könne. Die dazugehörige Parole lautete: "Antifaschismus ist der Kampf um´s Ganze". Breite Bündniskampagnen hatten das Ziel interventionsfähig in gesellschaftliche Konflikte zu werden und politische Relevanz, die über einen Szenerahmen hinausreichte, zu erringen. Außerdem sollte die eigene Gesellschaftskritik den Bündnispartner vermittelt werden. Auf dieser Basis erlebte die Antifa-Bewegung in den 90er Jahren eine schnelle Ausbreitung und große Mobilisierungserfolge im Kampf gegen die nach dem Ende der DDR explosionsartig anwachsende neonazistische Bewegung. Insbesondere die Situation in Ostdeutschland bis weit in die zweite Hälfte der 90er Jahre hinein (und teilweise ja bis heute), wo die Polizei eine extrem gewalttätige Naziszene unbehelligt agieren lies, nicht selten sogar Sympathie zeigte, schien Grundannahmen des revolutionären Antifaschismus zu bestätigen. Die autonome Antifa war in diese Zeit die einzige politische Bewegung, die den Kampf gegen den Neofaschismus mit aller gebotenen Konsequenz führte. Das Konzept des "revolutionären Antifaschismus" erlitt eine Niederlage, als 1998 mit dem Wahlsieg von rot-grün der (nicht zuletzt biologisch bedingte) Elitenwandel in der BRD sich auch in der Regierung niederschlug. Auf einmal waren in der Regierung nicht mehr Altnazis oder wenigstens noch Flak-Helfer, sondern Linke und ehemalige Linksradikale, die sich als Antifaschisten verstanden (der damalige Umweltminister Jürgen Trittin hatte z.B. in Göttingen mit dem legendären schwarzen Block der Antifa M zusammen demonstriert). Joschka Fischer wollte mit den Bombenangriffen auf Belgrad nachträglich Auschwitz verhindern. Im sogenannten "Antifa-Sommer" 2000 schließlich wurde der Kampf gegen die Neonazis verstaatlicht. Diese Entwicklung widersprach der Gesellschaftanalyse des "revolutionären Antifaschismus" diametral. Der "revolutionäre Antifaschismus" fand auf diese Entwicklung auch keine politische und theorteische Antwort mehr und verschwand von der Bildfläche. festmachen lässt sich sein Ende an der Selbstauflösung der AA/BO im Jahr 2001. Die Kampagne KSDN bedient sich jetzt einer Politikform, die von den "revolutionär-antifaschistischen" Gruppen entwickelt wurde. Allerdings übernimmt die Kampagne nur die Form, entkleidet von allen Inhalten. Wo früher der notwendige Kampf gegen die Nazis auf die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Umwälzung verwies steht bei KSDN die totale Affirmation des Bestehenden. Staat, Politik und Gesellschaft sollen vor den bösen Extremisten von Rechts geschützt werden, und das war´s dann auch schon. Die Zurücknahme jegliches Gesellschaftskritik um des Erreichens der großen Masse willen findet auch noch zu einem Zeitpunkt statt, wo nicht wie Anfang der 90er die Antifa allein auf weiter Flur steht, sondern in einem Moment, wo von der Landesregierung bis zum Anglerverband alle die Nazis bekämpfen. Konsequenterweise lockt dann auch die Abschlussdemo der Kampagne niemanden hinterm Ofen vor. Kampagnen wie KSDN sind die falsche Antwort auf das Scheitern des revolutionären Antifaschismus. Dass Scheitern des revolutionären Antifaschismus zeigt, dass seine Gesellschaftsanalyse falsch war und der Glaube unter dem Label Antifaschismus den Kapitalismus schlagen zu können verfehlt. Es beweist nicht, dass Antifaschismus nicht auf die gesellachftlichen Grundlagen des militanten Rechtsextremismus zielen soll und diese nicht in aller Radikalität kritisieren soll. Die Geschichte des organisierten und Kampagnenantifaschismus der letzten knapp 20 Jahre bietet sowohl in theoretischer und praktischer Hinsicht ein Reservoir an Erfahrungen, welches für zukünftige Politik nicht auszuwerten fahrlässig wäre. Zudem - auch wenn sie sich dessen oft nicht bewusst ist - ist die aktuell linke Szene stark von ihrer Geschichte geprägt. Die eigene Geschichte zu reflektieren hilft also, die Bedingungen und Möglichkeiten des eigenen Handelns zu erkennen. Eine Bestimmung des eigenen Standpunktes in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist ohne dies effektiv schwer möglich. Aus diesem Grund sollen die hier gemachten Ausführungen ein Beitrag zu einer derartigen Selbstreflektion und historischen Bestimmung des eigenen Standpunktes sein, wie sie die Kampagne "KSDN" leider komplett vermissen ließ.

Trick

Subversive Boulevardzeitung?

Es soll an dieser Stelle nicht ausgeschlossen werden, dass es tatsächlich möglich wäre, in emanzipatorischer Hinsicht mit dem Boulevardformat zu arbeiten. Doch davon ist die Kampagnenzeitung der KSDN so weit wie möglich entfernt. Die Umsetzung eines solchen Konzeptes setzte voraus, sich über das Konzept von Boulevardzeitungen und die avisierte Zielgruppe sehr genau klarzuwerden und in der Lage zu sein, mit satirischen Konzepten die Realität aufzusprengen.

Boulevardzeitungen werden nicht gelesen, weil ihre Leser blöd sind und deshalb nur kurze Sätze und große



Buchstaben verstehen. Boulevardzeitungen funktionieren nach einem bestimmten Unterhaltungsprinzip, sex and crime and human touch. Promis, Sport, Kriminalität und Sex sind die Themen, aufgrund derer sich Boulevardzeitungen verkaufen. Dass dockt an die – durchaus widerwärtigen - Unterhaltungsbedürfnisse von durch die kapitalistische Vergesellschaftung geformten Charakteren an. Politisch verbreiten fast alle Boulevardzeitungen das Bild von den "kleinen Leuten", die von "denen da oben" immer übers Ohr gehauen werden – autoritärer Sozialpopulismus ist es, den die Leser_innen kaufen wollen. Dass dieses eher massenhaft von Nichtakademiker_innen konsumiert wird, hat nicht nur etwas mit Bildung, sondern auch mit kulturellen Prägungen zu tun. Wer allerdings schon mal erlebt hat, wieviele Krawattenträger in morgendlichen U-Bahnen BILD, BZ, Kurier etc. konsumieren, dürfte wenigstens ein bischen daran zweifeln, dass diese Blätter nur von der "Unterschicht" konsumiert werden.

Dieses Unterhaltungsbedürfnis erfüllt die "Speziell" aber nicht im geringsten. Soweit sind die Macher_innen noch nicht zum offenen Populismus übergelaufen, dass sie um der Massenwirksamkeit willen das "Seite 1-Mädchen" abdrucken. Auch fehlt der offen Sozialpopulismus a´ la "Bild hilft!". damit aber werden die Interessen von Boulevardzeitungsleser_innen durch die "Speziell" nicht bedient, was dazu führt, dass sie diese gelangweilt zur Seite legen und nicht sich unterschwellig antifaschistisch politisieren lassen.

Die einzige tatsächliche Umsetzung des Prinzips Boulevardzeitung erfolgt dann an der Stelle, an der es am ekligsten ist - beim Interview mit dem Opfer eines neonazistischen Überfalls. Das Opfer wird im Bild (allerdings nur von hinten) gezeigt als junge, weisse, "gutaussehende" Frau im schulterfreien Oberteil, im Übrigen nicht die "typische" Betroffene von Neonazi-Gewalt. Hier wird der sexuell konnotierte Voyeurismus, der die Berichterstattung der Boulevardpresse über Verbrechensopfer bestimmt (deswegen zum Bsp. die schwerpunktmäßige Berichterstattung über Sexualverbrechen in BILD und Co.) tatsächlich mustergültig nachvollzogen.

Eine subversive Arbeit mit dem Boulevardformat würde voraussetzen, dass um dessen Spezifika gewusst würde. Diese – also die Sensationsgier, der Sexismus, der neidisch-höhnische Blick auf Schauspielerinnen und Prinzen, der schaurigschöne Grusel anlässlich blutiger Verbrechen - müssten dann so parodiert werden, dass die Leser_innen beim Lachen über die Parodie über sich selbst und das was da parodiert wird erschrecken. Dieses Erschrecken könnte eine Ausgangspunkt für Reflektionsprozesse sein. Erkennendes Erschrecken statt Anbiederung wäre also anzustreben. Ob das funktioniert, ist unsicher. Auf jeden Fall wären die Chancen größer als bei der drögen "Speziell". Auch wird man damit nur noch nicht völlig verhärtete Charaktere erreichen.

Fazit

Im Hinblick auf die Landtagswahlen und künftige Kampagnen und Alltagspolitik bietet sich eine Vernetzung mit vielen Kräften aus der sogenannten "Zivilgesellschaft" in einer basisdemokratischen Struktur an. Doch nicht um jeden Preis. Es gilt dabei, möglichst viel Raum für die eigene inhaltliche Auseinandersetzung und Reflektion zu schaffen. Mit den eigenen emanzipatorischen Einstellungen, die letzten Endes auf gleiche Rechte für alle Menschen abzielen (,egal, woher sie kommen, egal, wieviel sie "arbeiten", wieviele Steuergelder sie "kosten" und wieviele Arbeitsplätze sie schaffen), und die (völlig legitime) soziale Ängste eher als Folge u.a. kapitalistischer Strukturen und nicht als Produkt der Machenschaften einer bestimmten Gruppe böser Menschen ansehen, sollte dabei ruhig etwas mutiger umgegangen werden, als dies im Rahmen von KSDN geschehen ist.

Wir haben großes Interesse an Diskussion, gern auch im Rahmen dieser Zeitung:

Tick, Trick und Track



Häuser besetzen immer wieder?

Eine kleine Polemik zur Besetzung der „Villa Wildwuchs“

Grundsätzlich ist es eine tolle Sache, sich Dinge, die mensch gerne hätte, einfach anzueignen, besonders wenn und weil sie unter gegebenen kapitalistischen Besitzverhältnissen nicht für eine_n gedacht sind. Eine Hausbesetzung kann ein Beispiel dafür sein, sich einen Raum schaffen um die eigenen Bedürfnisse zu erfüllen und vielleicht neue zu finden, um sich am Ende gar zusammen mit Anderen weiter zu entwickeln und sein_ihr Leben selbstbestimmter zu gestalten. So wird eben in Potsdam spätestens seit Schließung des Spartacus viel davon gesprochen, dass es ein breites Bedürfnis nach sogenannten „Freiräumen“ gibt. Wovon diese genau frei sein sollen und wie mensch sie frei bekommt, darüber wird selten geredet. Und so sind auch alle Potsdamer „Freiräume“ bisher immer noch recht voll von Dominanzen, diversen –Ismen und allerlei gesellschaftlichem Alltagsgedöns. Das ist auch nicht weiter überraschend, wenn wir davon ausgehen, dass wir immer ein Teil „der Gesellschaft“



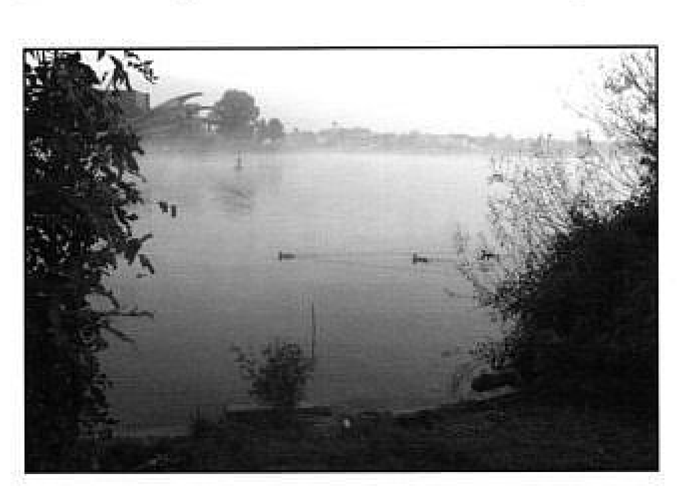
bleiben und, genauso wie der Rest um uns herum, Geld verdienen müssen, an die Zukunft denken und sozialen Zwängen unterworfen sind. Was wäre also naheliegender als uns erstmal mit uns, inner- und außerhalb von unseren „Freiräumen“ auseinanderzusetzen. Das ist es, was uns fehlt, nicht ein neuer Raum für Altbewährtes.

Im zuge der Potsdamer „Freiraum“-"Kampagne" wurde nun der ehemalige Jugendklub „Villa Wildwuchs“ besetzt. Und auch hier heißt es im Text der Besetzer_innen:

Das Haus kann ein Ort der Vernetzung und des Austausch werden und Raum bieten für Projekte, die anderswo noch nicht gestartet werden konnten. Ein Ort fernab der gängigen Event- und Partykultur . Die große Resonanz der letzten Tage auf die Aktion bestätigt das Interesse und den Bedarf von vielen unterschiedlichen Menschen für einen unabhängigen, selbstorganisierten und unkommerziellen Projekt- und Begegnungsort.

Wofür dieser genau genutzt werden soll, bleibt bisher leider unklar. Die bisherigen Veranstaltungen dort

> wurden alle eigentlich an anderen Orten geplant, was zeigt, dass es in Potsdam schon Raum dafür gibt. Wir haben Räume für Lesungen, Partys, Seminare, Konzerte...Wir haben mehrere selbstverwaltete Kneipen, eine Freie Bibliothek, einen eigenen Buchladen, etc. Und alle diese vorhanden Räume haben im Grunde das selbe Problem: wenige Schultern für die viele Arbeit, die so ein Projekt über längere Zeit verursacht, (zu) wenig Besucher_innen zum Bücher lesen/kaufen oder Bier trinken, zu wenig Kohle, zu wenig Leute die Bock haben in den bestehenden Räumen was zu reißen und ggf etwas Innovation hereinzubringen. Warum werden eigentlich in unseren Szenekneipen so selten Infoveranstaltungen organisiert, warum keine Nachmittagscafé darin eröffnet? Warum gibt es nicht auf dem Hof bestehender Projekte schon eine DIY-Fahrradwerkstatt? Und wo kommen denn eigenlich plötzlich so viele Leute mit so viel Enthusiasmus, Energie und Bedürfnissen her, die vorher scheinbar nicht existierten? Nicht, dass die Nutzungsideen fürs „LaDatscha"(alte Villa Wildwuchs) nicht nett wären, aber warum mangelt es eben außerhalb des tollen neuen und dadurch wohl gerade so spannenden Projektes an Motivation dafür? Scheint nicht der Enthusiasmus vorrangig daher zu rühren, dass das Ganze eben „neu" ist und so schön im Oldschool-90er-Jahre-Besetzer-Style? Allerdings waren die 90er in Potsdam cool, weil es die letzte größere soziale Bewegung war, in der ein Haufen Menschen ihr Leben auf den Kopf gestellt haben, ihr bisheriges riskiert und wirklich Neues ausprobiert haben. Fragt sich nun wie radikal eine Hausbesetzung ist, wenn mensch sich vornimmt bei Bullenstress zu gehen, jede_r Besetzer_in zuhause seine_ihre Kuschel-WG oder 1-Zimmer-Wohnung hat und auch sonst die Ideen zum Füllen des neuen Raumes erst hinterher gefunden werden müssen. Damit soll nicht gesagt sein, dass die Bereitschaft zum wilden Straßenkampf ein Qualitätsmerkmal für eine politische Aktionen sei. Auch nicht, dass es nicht für einge Leute total spannend und erkenntniserweiternd sein kann, so eine Besetzung mitzumachen. Grundsätzlich etwas in Frage stellen, wie unsere Lebensgestaltung, allgemeine Eigentumsverhältnisse oder unsere Sicht auf uns und die Welt, wird diese Besetzung aber nicht.



Gut, so eine Besetzung kann ein Zeichen sein, ein Druckmittel, um eine eigentliche Forderung, ein Beispiel könnte die, nach einem Raum für den Spartacus sein, durchzusetzen. Dafür allerdings liegt das gewählte Projekt etwas sehr unscheinbar im Nirgendwo und ist auch sonst von so geringem Interesse, dass es der Stadt leicht fallen dürfte, sich zu sagen „Lassen wir die Kinder erstmal ein bisschen im Wald spielen, bald müssen die eh wieder zur Uni." An sich scheint es, zumindest für uns, etwas seltsam, ein Haus, was nicht wirklich gebraucht wird, eher aus taktischen Gründen zu besetzen und beim ersten revolutionär gekochten Kaffee das Gespräch mit dem Oberbürgermeister zu planen. Generell scheinen sich in Potsdam, und wahrscheinlich auch anderswo, „alternative" Projekte vor allem dadurch auszuzeichnen, dass sie irgendwie auch in den Sozialarbeiter_innen-Lebenslauf der Mitwirkenden passen, ein großes Maß an Kohle und Resourcen verschlingen (bei der EU beantragt natürlich) und der sonst so verhassten bürgerlichen Öffentlichkeit erstmal als tolle demokratische Jugendarbeit verkauft werden können.

Im Anbetracht der Dümpellei der letzten Jahre, ist es auf der anderen Seite schon erstmal ermutigend, dass sich Leute überhaupt wieder etwas trauen. Und ist es sicher auch nicht schlecht, sich szene-übergreifend mal wieder zu treffen und ein gemeinsames Ziel zu verfolgen. Deswegen freuen wir uns natürlich, dass so viele Leute sich begeistert und solidarisch gegenüber dem „LaDatscha" zeigen. Es wäre aber auch längst wieder Zeit, uns zu überlegen, ob wir eigentlich nur verlernt haben Klartext zu reden oder wirklich nur noch das wollen, was wir dem Oberbürgermeister und den Geldgeber_innen gegenüber behaupten. Also was wollen wir? Ne tolle Party, mehr Geld für Sozialarbeit und mehr Spielplätze für die Kinder? Oder doch lieber ein besseres Leben für alle und den Lebenslauf samt Mietvertrag ins Klo spülen?

„Unter uns" Folge 1, oder war es doch „Gute Zeiten, Schlechte Zeiten"?


endlich wieder..
..Frauen-Mädchen-
Trans*-Abend...
in der
Olga
21.11.08, 19:00
endlich wieder..
..Frauen-Mädchen-
Trans*-Abend...
in der
Olga

Die OLGA ganz - für GRRLZ und TRANS*?

Etwa ein Jahr ist es jetzt her, dass einige Aushänge in der linken Kollektiv-Kneipe Olga für Furore sorgten. Auf ihnen wurde angekündigt, dass von nun an einen Freitag-Abend im Monat die Kneipe nur für Frauen, Mädchen und Trans*-Leute geöffnet sein wird.

Ein Jahr Diskussionen, ein Jahr Kämpfe, aber auch ein Jahr spannender Diskussionen, neuer Eindrücke und vieler netter kleiner Projekte liegt hinter uns. Aber der Reihe nach...

Was soll das?

An dieser Stelle sei aus oben besagtem Aushang zitiert:

„Wir wünschen uns die Olga als einen Raum, in dem sich jede_r wohl fühlen kann und niemensch ausgeschlossen wird. Leider lassen sich gesellschaftliche Verhältnisse auch aus solchen „Freiräumen" nicht ausblenden und bestimmen auch hier den Umgang miteinander. So halten sich schon längere Zeit viele Nicht-Männer nicht gern in der Olga auf. Grund dafür ist die Tatsache, dass auch diese ein männlich dominierter Raum ist, was nicht nur heißt, dass einfach mehr Männer anwesend sind, sondern diese durch ihr Verhalten den Raum einnehmen und bestimmen.

Selbst wenn wir uns von vorgeschriebenen Rollenbildern emanzipieren wollen, so ist dies nichts was von heut auf morgen, oder überhaupt innerhalb der bestehenden Gesellschaft gänzlich passieren kann. So bestehen doch tausende Verhaltensmuster fort, denen mensch sich nicht mal immer bewusst ist, die unseren Umgang miteinander bestimmen. Auch jeden Abend in der Olga sind es laute, pöbelnde, rumcheckernde , coole Jungs/ Männer die das Bild bestimmen und damit Ausschlüsse produzieren.

Unsere Gesellschaft baut auf ein binäres Geschlechtersystem auf, sprich, es gibt zwei, und nur zwei! Geschlechter, welche jeweils bestimmte Rollen einnehmen sollen, denen entsprechende Eigenschaften zugeschrieben werden. Resultat und Bedingung dieses Verhältnisses ist auch eine geschlechtsgebundene Erziehung, die Jungen und Männern vorwiegend Verhaltensweisen anerzieht, welche auf Dominanz, Durchsetzungsvermögen, Stärke etc. beruhen. Mädchen/Frauen hingegen lernen vorwiegend rücksichtsvoll und zurückhaltend, vorsichtig und freundlich zu sein."

Wir sind der Meinung, dass wir das Recht darauf haben, uns gut zu fühlen und einen Kneipenabend erleben zu können, an dem wir uns nicht über das Gegröhle vom Nachbartisch ärgern müssen, oder darüber, dass der Typ neben uns am Tresen immer zuerst drankommt, egal wer zuerst da war, über nervige Blicke oder sonstwie demonstrativ zur Schau gestellte „Männlichkeit".

Zudem ist die Olga nicht nur eine Kneipe, sondern ein politisches Projekt und soll auch Raum für Austausch, Diskussion und gemeinsame Politik sein. Der FMT*-Abend ist für uns eine Möglichkeit uns ungestört und frei über unsere Probleme und Anliegen unser Vorstellungen und Forderungen speziell als Mädchen, Frauen oder Trans* zu auszutauschen.

Und das wollen wir ganz bewusst genau in der Olga machen, auch wenn wir dadurch auf „sexistische" Weise Menschen ausschließen . Wir tun dies, um damit auf oben beschriebene, ständige, unausgesprochene Ausschlüsse aufmerksam zu machen.

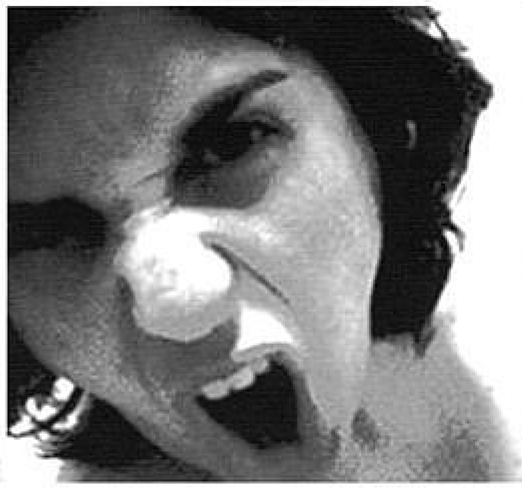
Die ersten Gehversuche

Leider mussten wir schon auf dem Olga-internen Plenum erste Hüden überwinden. Es gab Bedenken, darüber, dass es so ja zu „sexistischen" Ausschlüssen käme, dass wir sicher eine Menge Stress haben würden und das Konzept bestimmt vielen auf die Füße tritt, mit denen wir uns dann auseinandersetzen müssten (was vorrangig ja unser Problem und nicht das derer war, die diese Kritik einbrachten). Allerdings stieß das Projekt auch auf ebenso so große Fürsprache und Unterstützung.

Die Idee von geschlossenen, geschützten Frauen oder Frauen/Trans*-Räumen kommt aus der Frauenbewegung der 70er Jahre und es ist nicht geringfügig traurig, dass nicht nur die selben Bedürfnisse immer noch existeren, die solche Räume nötig machen, sondern auch noch die gleichen Reaktionen darauf folgen.

Auch außerhalb des Plenums kommten wir uns zu dieser Zeit vor ungläubigen Nachfragen oder „guten Ratschlägen" kaum retten (Danke an all die emanzipierten „Männer", die uns auf unserem Weg zur







>>> Emanzipation geholfen haben, indem sie uns ungefragt und selbstüberzeugt erklärt haben, wie so eine Projekt von statten zu gehen habe ;-))
Nach unserem ersten FMT*-Abend haben wir einen Text über die Diskussion um diesen veröffentlicht. Hier ein Ausschnitt daraus:

Genau hier zeigt sich sehr deutlich der Unterschied zwischen Theorie und Praxis eines antisexistischen Standpunktes, denn es handelt sich sehr wohl um eine häufig durch männliche Sozialisiation hervorgerufenen Praxis, davon auszugehen die Welt hätte jederzeit nur auf die eigenen Vorstellungen und Theorien gewartet.

Insgesamt mussten wir feststellen, dass gerade Männer, welche von sich behaupteten emanzipativ, antisexistische und hierarchieablehnend zu sein, am meisten Probleme damit zeigten, eines ihrer Privilegien einen Abend abgeben zu müssen. Scheinbar hatten sie sich selbst noch nie in ihre progressiven Gesellschaftsanalysen miteinbezogen. Spannend ist auch, dass im Zuge dieser Diskussion uralte, geschlechtsgebundene Vorrechte plötzlich als rebellisch und revolutionär presentiert wurden, da mann sich ja gegen die fiese Unterdrückung durch die sexistischen Frauen und Trans-Leute zur Wehr setzte.*

Es scheint auch immernoch wichtig zu sein, zu betonen, dass niemensch der Meinung ist, dass mit diesem Projekt der Sexismus in der Olga oder gar der Gesellschaft als solcher überwunden wird (das ist auch unter bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen gar nicht möglich). Es geht dabei darum, ein konkretes Bedürfnis einer bestimmten Gruppe Menschen zu erfüllen, welche im „normalen" Barbetrieb eher benachteiligt werden und auf bestehende Ausschlüsse und Benachteiligungen aufmerksam zu machen. Das dieses Bedürfnis existiert, sehen wir an uns selbst, und daran, dass Besucher_innen extra wegen dem Frauen-/Mädchen-/Trans-Abend da waren.*

Wir sind keine Antisexismus-Lehrer_innen, auch keine Männer-Hasser_innen, wir glauben nur nicht, dass mit ein bisschen antisexistsichem Grundkonsens die Geschlechterollen im alltäglichen Umgang überwunden werden können. Vielleicht ist es auch nicht verkehrt, nocheinmal zu betonen, dass es sich um einen Abend im Monat handelt! Angesichts der bestehenden Ungerechtigkeiten, und Diskriminierungen, welche sich in unser aller Umwelt alltäglich ereignen, ist es spannend zu sehen, dass gerade diese eine, „Männer"-benachteiligende Diskriminierung als so unglaublich schrecklich empfunden und vehement bekämpft wird.

Zudem begrüßen wir es, wenn Jungen und Männer sich mit Sexismus und mit ihrer Rolle im Geschlechtersystem auseinander setzen. Wir verhindern dies auch nicht, wenn wir sie einen Abend aus der Kneipe ausschließen und wir verweigern auch keine „gemischten" Diskussionen oder Projekte, ganz im Gegenteil. Aber wir sehen auch keine „moralische" Verpflichtung darin, unsere Projekte immer auch für Jungs und Männer zugänglich zu machen und finden es beizeiten auch inhaltlich unmöglich. Das binäre Geschlechtersystem mit seinen unterschiedlichen Rollenverteilungen führt dazu, dass „Männer" und „Frauen", sowie Menschen die in diese Zweiteilung nicht hineinpassen, jeweils „spezifische" Erfahrungen sammeln und unterschiedliche Probleme und Bedürfnisse entwicklen. Da einfach einmal mit dem „Wir-sind alle antisexistisch und das Geschlecht ist doch egal, das wollen wir ja überwinden"-Schwamm drüberzuwischen, finden wir eher scheinheilig als progressiv.

Es steht Jungen und Männern frei, sich zu jeder Zeit und an jedem Ort mit ihrer männlichen Sozialisation, mit all ihren Privilegien, auseinanderzusetzen, nur nicht an diesem einen Abend im Monat in der Olga. Außerdem sei an dieser Stelle infrage gestellt, warum eigentlich von Frauen und Trans*leuten meist erwartet wird, dass sie sich hauptsächlich mit Antisexismus beschäftigen und ihrere Erkenntnisse und Forderungen doch bitte leicht verständlich und vorgekaut der männlichen Rest-Szene ansprechend präsentieren. (Die Frauen-Bewegung ist auch ohne „männliche" Unterstützung entstanden und ohne, dass jemensch von außen kam und vorgesagt





hat, wo das Problem liegt und was zu tun sei. Wir denken, dass auch Männer und Jungen in der Lage seien sollten „von sich aus" die Grundzüge des Geschlechtersystems zu erkennen und ihre Probleme damit zu entdecken.)

Was war denn nu?

Trotz allem Protest und Gehardere fand der FMT*-Abend seit einem Jahr jeden Monat (Ausgenommen die Sommer-Umbau-Olga-Pause) statt. Auf dem Programm standen Filmvorführungen und Infoveranstaltungen (welche immer auch einen Tag später für alle Interessierten wiederholt wurden), die female-queere Dj_ane-Lounge, die Doku „Jungs wie du und ich" über Trans*-Menschen mit anschließendem Gespräch mit zwei Mitwirkenden, und schließlich einfach nette Kneipenabende. Diskussionen, wie mit besagten Doku-Mitwirkenden über unserer täglich gelebten Geschlechterrollen und unsere Utopien wären im „normalen" Olga-Betrieb in dieser entspannten und offenen Weise sicher nie möglich gewesen. Insgesamt zeigte sich ein Unterschied zu sonstigen Abenden in der Atmosphäre. Im Allgemeinen war es ruhiger und der Umgang zwischen allen offener und rücksichtsvoller. Und auch als Tresenpersonal musste mensch sich nie über pöbelnde oder respektlose Gäste ärgern. Es waren Abende, wie sie der Kneipe immer, also auch inklusive „männlichem" Publikum zu wünschen wären. Viel Spektakuläres, um die sich-vernachlässigt-fühlende „Männerwelt" zu beruhigen, gab es also nicht zu verpassen. Wir sehen das Konzept nach einem Jahr Praxiserfahrung weiterhin als geeignet an, um unsere Bedürfnisse zu erfüllen. Außerhalb des FMT*-Abends hat sich in Gesellschaft und im Mikrokosmos OLGA nichts Bahnbrechendes berändert, so dass die Bedürfnisse hinter dem Projekt weiterhin vorhanden und wir auch immernoch der Meinung sind, dass der FMT*-Abend nötig und wichtig ist.

Die Abende waren unterschiedlich gut besucht, worauf wir uns aber verlassen konnten, war „männlicher" Besuch. An den ersten Abenden kamen recht viele Typen, die sich fest vorgenomen zu haben schienen, unsere Grenzen mal auszutesten, bzw. uns ihren Unmut über das Projekt schlicht entgegenzupöblen. Von Argumenten, wie „Ich bin schwul" (weil schwule Männer ja keine „richtigen Männer" sind, oder was?), „Ich war der Einzige im Kunst-Leistungskurs" (ach so, ne ausgeprägte „Weibliche Seite" oder wie?) über die Nachfrage ob das denn „überhaupt legal" sei, war eigentlich alles dabei.

Wir sind fast jederzeit bereit unser Konzept zu diskutieren, aber wir verlangen auch einen Respekt uns und dem FMT*-Abend gegenüber und hatten leider selten das Gefühl, dass unserer Besucher uns den entgegenbrachten.

Allerdings hat sich dieses Problem spürbar gelegt, es gibt zwar jeden Abend ein-zwei, die die bis zu 16 Schilder vorm Olga-Eingang übersehen oder ignorieren, doch im großen und ganzen scheint sich die Kampagne herumgesprochen zu haben. Ob sie auch verstanden wurde, ist leider eine andere Frage. Allerdings verstehen wir uns wie schon erwähnt auch nicht vorrangig als „Bildungseinrichtung". Wir erfahren von außerhalb und auf dem Plenum mittlerweile recht routinemäßigen Support oder wenigstens Toleranz.

Freuen würden wir uns über noch mehr Gäste und vielleicht auch Interessierte, die Lust haben, einen FMT*-Abend mitzugestalten und über viel ernste, ehrliche und respektvolle Diskussion und Auseinandersetzung.

Die FMT*-Crew

„Vom 'Anderssein'...."

Mit dem im Querverlag erschienenen Buch tritt die amnesty international-Themengruppe „Menschenrechte und sexuelle Identität" (MERSI)(1) mit einem wichtigen und zugleich nur selten beachteten Thema in die Öffentlichkeit: die Menschenrechte für lesbische, schwule, bisexuelle und transgender Menschen. Jedoch wirft allein der Titel schon einige Fragen auf: wer hat oder will das Recht haben, anders zu sein? Auch Sätze wie dieser machen stutzig: „Was sie verbindet, ist eine gewisse 'Andersartigkeit', die in irgendeiner Form mit ihrer Sexualität und/oder ihrem Geschlecht verbunden ist" (S. 46).

Der erste Teil des Buches befasst sich mit (asyl-)rechtlichen Aspekten sowie mit einer Darstellung des Engagement von *amnesty international* für LGBT-Personengruppen (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender). Desweiteren folgt eine Definition dieser von den Autor_innen betrachteten Personengruppe. Diese umfasst jedoch nur in Teilen intersexuelle und queere Menschen. Ob dieser Umstand der schlechten Quellenlage geschuldet ist, oder ob die Autor_innen die letztgenannten in die Bezeichnung LGBT-Personengruppen integrieren, wird nicht geklärt. Trotzdem kann das Buch im Weiteren durch eine recht differenzierte Definition überzeugen, in der auch auf die Problematik der 'westlich' geprägten Kategorien wie 'lesbisch' und 'schwul' eingegangen wird, die nicht bedenkenlos auf andere alternative Geschlechtsidentitäten und Lebensformen angewendet werden kann. So bemühen sich die Autor_innen jeweils die genutzten Selbstbezeichnungen zu verwenden und die Unterschiede zwischen diesen aufzuzeigen. Jedoch ist auch die im Buch häufig verwendete Beschreibung 'sexuelle Minderheiten' durchaus kritisch zu sehen, da diese außenvorlässt, dass sich die unter ihr subsumierten Menschen nicht zwangsläufig über ihre sexuelle Orientierung definieren sondern es sich besonderes bei transgender Menschen eher um das Leben einer Geschlechtsidentität handelt, welche weit über die sexuelle Orientierung hinausgeht.

In einem zweiten Teil wird die Menschenrechtslage für LGBT-Personengruppen in den verschiedenen Teilen der Welt untersucht, hierbei werden folgende Gebiete betrachtet: Afrika, Nordamerika, Südamerika und die Karibik, Asien, Europa und die Länder des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrika. Zu jedem Gebiet werden einige charakteristische Staaten näher beleuchtet. Staaten, die dem Gebiet 'Ozeanien' zugeordnet werden könnten, finden jedoch keinerlei Erwähnung.

Insgesamt legt das Buch jedoch durch seine relativ ausführlichen Beispiele und die Auswahl dieser eine stark differenzierte Betrachtungsweise an den Tag. Nach dem Lesen sollten sich damit Pauschalisierungen à la „im Gegensatz zu der 'westlichen Welt' geht es schwul-lesbischen Menschen überall ziemlich schlecht" erledigt haben. Auch die Rolle, die die Kolonialisierung bei der Entwicklung homo- und transphober Einstellungen spielt(e), wird thematisiert.

Die Autor_innen selbst scheinen jedoch, die Intention des Buches in allen Ehren, die Problematik der Diskriminierung von LGBT-Menschen leider nicht bis ins Letzte durchdacht zu haben, sonst wären sie eventuell darauf gestoßen, dass gerade die Stigmatisierung als 'anders' das Grundübel eben dieser ist. Das Wort 'anders' bedeutet doch auch immer, dass von einer Norm ausgegangen wird, im Verhältnis zu der etwas 'anders' und eben nicht gleich erscheint. Doch sollte das eigentliche Ziel doch sein 'gleich' zu sein und das auch ohne, dass einem Mensch das Recht dazu erst zugesprochen werden muss.

Fazit: Das Buch überrascht mit Unerwartetem und bestätigt Befürchtungen: Noch ist die Welt ein Ort, an dem LGBT-Menschen nicht nur anders behandelt werden sondern auch als 'Andere' wahrgenommen werden und das überall. Die Autor_innen sind das beste Beispiel hierfür.

a

Dudek, S./Harnisch, R./Haag, R./Hanenkamp, K./Körner, C./de la Motte-Sherman, C.(Hrsg.): Das Recht, anders zu sein. Menschenrechtsverletzungen an Lesben, Schwulen und Transgender. Berlin 2007.

(1) Zur Kritk an *amnesty international* unter anderem hier: http://www.henryk-broder.de/html/tb_amnesty.html



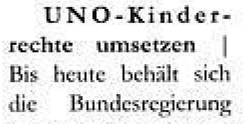
Gleiche Rechte für Alle!

Demonstration der Jugendlichen Ohne Grenzen anlässlich des Tags der Kinderrechte

Für die UNO-Kinderrechte und die Abschaffung der Residenzpflicht
Für Bleiberecht und Legalisierung

Gleiche Rechte für Alle bestehen in Deutschland leider nur auf dem Papier. Die UNO-Kinderrechte gelten nicht für Flüchtlinge und über 100.000 geduldete Flüchtlinge müssen nicht nur jahrelang in Angst vor der Abschiebung leben, sie dürfen nicht einmal ihr Bundesland verlassen so will es die Residenzpflicht.





UNO-Kinderrechte umsetzen | Bis heute behält sich die Bundesregierung z.B. das Recht vor, Kinder deutscher und nichtdeutscher Staatsbürgerschaft unterschiedlich zu behandeln. Flüchtlingskinder ohne vollständiges Aufenthaltsrecht haben deshalb in Deutschland nur eingeschränkte Rechte. Dies betrifft die Mehrheit der Flüchtlingskinder. Vor allem die Innenminister blockieren die volle Umsetzung der UNO-Kinderrechte, denn sie wollen weiterhin Minderjährige in Abschiebehaft nehmen können, zwangsweise "zurückführen" und schon 16-Jährige ohne jede Hilfe in das Asylverfahren schicken. So gilt bis heute nicht einmal in allen Bundesländern die Schulpflicht für junge geduldete Flüchtlinge.

Versprochen ist Versprochen - Bleiberecht Jetzt | Die Abschaffung der Kettenduldungen wird seit Jahren von der Politik versprochen. Für 100.000 Flüchtlinge, die oft seit Jahren in Deutschland leben, bedeutet das ein Leben auf Abruf. Das Bleiberecht von 2006/2007 sollte, so die Politik, dieses Problem lösen. Stattdessen werden jedoch aufgrund der strengen Auflagen nur einmalig ca. 30.000 Menschen "begnadigt". Mehr als Einhunderttausend, darunter viele Kinder und Jugendliche, leben weiterhin als Menschen zweiter Klasse ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland. Sie können jederzeit abgeschoben werden und das meistens über Jahre hinweg, egal ob ihre Kinder hier geboren werden, sie hier ihre Freunde haben und sie hier zur Schule gehen.

Residenzpflicht abschaffen | Das deutsche "Residenzpflicht"-Gesetz gibt es in dieser Art in keinem anderen europäischen Land. Es besagt, dass Asylbewerber_innen ihren Landkreis nicht verlassen dürfen. Das Gesetz greift massiv in die persönliche Freiheit der betroffenen Menschen ein: Klassenfahrten, Besuche bei Freunden, Verwandten oder von kulturellen und politischen Veranstaltungen hängen ab von der Willkür der Mitarbeiter der Ausländerbehörde. Die Residenzpflicht im Zusammenspiel mit anderen beschränkenden Regelungen wie der Lagerunterbringung führt zur Isolation und dem gesellschaftlichen Ausschluss von Flüchtlingen.

Legalisierung Jetzt | "Der Pass ist das edelste Stück des Menschen" - dieser zynische Spruch ist die bittere Wahrheit für Hunderttausende von Menschen, die in Deutschland leben. Sie sind "illegal" in den Augen der Behörden und Gerichte, doch ihr Verbrechen besteht in ihrer bloßen Existenz auf deutschem Boden. Denn ihnen fehlt ein Stück Papier.

Menschen ohne Papiere werden wie Kriminelle behandelt, leben jedoch oftmals schon seit vielen Jahren unbescholten in der Bundesrepublik. Dennoch müssen sie ständig befürchten, in Abschiebungshaft genommen und abgeschoben zu werden. Ohne jeden rechtlichen Schutz sind sie ihrerseits völlig machtlos gegenüber Kriminalität, Ausbeutung, Armut und Krankheit. Handlungen wie z.B. das Anmieten einer Wohnung oder der Kita- und Schulbesuch werden nahezu unmöglich gemacht. Tagtäglich werden ihre fundamentalen Menschenrechte (wie sie z.B. die Europäische Menschenrechtskonvention formuliert) verletzt.

Es ist höchste Zeit für Taten!

Deshalb fordern wir die diesjährige Innenministerkonferenz in Potsdam (20./21. November) sowie die Politiker_innen der Bundesrepublik am 49. Jahrestag der Unterzeichnung der Kinderrechte in den Vereinten Nationen auf:
- die Kinder- und Menschenrechtskonventionen der UNO vollständig in der Bundesrepublik umzusetzen;
- Umgehend einen Abschiebestopp für alle Flüchtlinge zu verhängen;
- Zuwanderung ohne Rassismus und ein generelles Bleiberecht umzusetzen;
- Abgeschobenen Menschen die Rückkehr in ihre Heimat - die Bundesrepublik Deutschland - zu ermöglichen;
- die Residenzpflicht in Deutschland abzuschaffen!
- Menschen ohne Papiere ein Bleiberecht zu geben;
- Zäune und Mauern um Europa abzuschaffen, Fluchtwege zu öffnen und Menschen in Not großzügig aufzunehmen

JOG



Das Widerstandscamp

Das Hamburger Wetter war es nicht, das bis zu 1 000 Menschen dazu verleitete, vom 15. bis zum 24. August am Klimaaktions- und Antirassismus-Camp teilzunehmen. Das Doppelcamp war das erste seiner Art in der BRD und folgt einem Vorbild aus Großbritannien.

In Hamburg finden sich zahlreiche Anknüpfungspunkte für Proteste gegen die kapitalistische Klima- und Migrationspolitik, so der Abschiebeflughafen Fuhlsbüttel und die Baustelle eines Kohlekraftwerks in Hamburg-Moorburg vom Vattenfall-Konzern. Zwei unterschiedliche Bündnisstrukturen hatten zu dem Doppelcamp aufgerufen: Zum einen Bewegungen aus dem Umweltbereich und zum anderen politische Gruppen, die sich mit Abschiebung und globalen sozialen Rechten beschäftigen. Das Camp gliederte sich in sogenannte Barrios (gewissermaßen Camp-„Stadtviertel"), die täglich Delegierte zu einem Meeting entsandten, auf dem organisatorische Probleme behandelt werden konnten. Die größten Barrios waren das öko-anarchistische, das gewissermaßen Substrukturen auf dem Camp unterhielt, und das altermondialistische (1), das sich aus AnhängerInnen der Grünen Jugend, Attac und dessen Jugendnetzwerk Noya zusammensetzte. Doch eine noch größere Gruppe bestand aus Menschen, die sich keinem „politischen" Barrio zuordnen wollten und sich z.B. nach Städten gruppierten oder nach ironischen Slogans. Es gab also neben einem „Bremer Barrio" und einem „Stuttgarter Barrio" auch ein „Anti-Barrio-Barrio", ein „Spalter-Barrio" und schließlich auch ein „Anti-Anti-Barrio". In diesen weniger organisations- oder strömungsabhängigen Barrios fanden sich auch meist diejenigen wieder, die sich eher der Antirassismus-Arbeit widmeten. Daraus lässt sich erkennen, dass die Klimabewegung bislang (zusammen mit der Anti-Atom-Bewegung) einen höheren Grad an organisatorischer Strukturiertheit erreicht hat als die migrationspolitische und antirassistische Bewegung, die eher aus losen lokalen Gruppen besteht. Die Verpflegung und andere Notwendigkeiten wurden von Freiwilligen-Teams organisiert.

Politische Organisationen

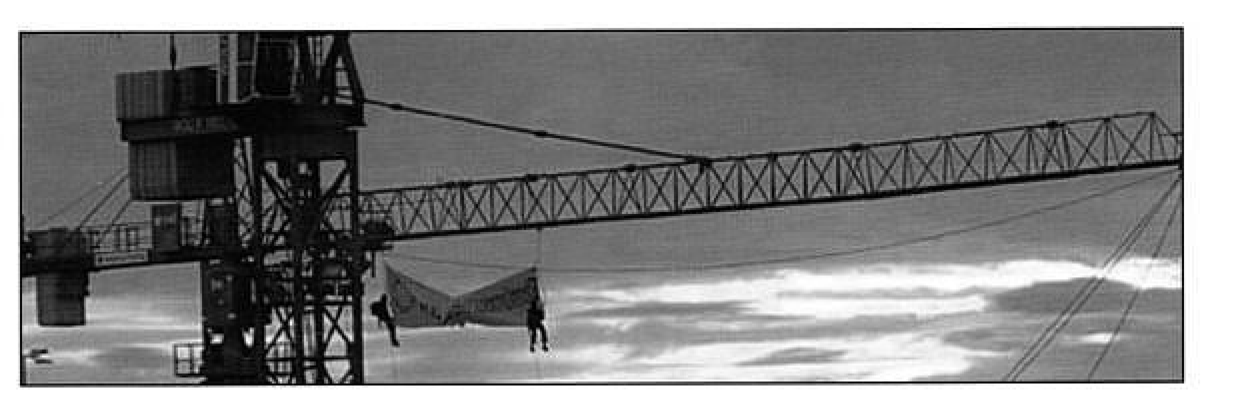
Daneben gab es auch ein relativ eigenständiges Barrio der Linkspartei-Jugend ['solid] mit drei Großzelten und ein Zelt der Interventionistischen Linken und der in diesem Netzwerk vertretenen Gruppe Avanti – Projekt undogmatische Linke. Auch der RSB/IV. Internationale, der sich an der Vorbereitung beteiligt hatte, war mit einem Zelt präsent. Seine Workshops waren wie die zahlreichen anderen, die die ganze Zeit über stattfanden, gut besucht. Themen waren u.a. „Ökosozialismus", „Klimawandel und Gesundheit" und „Hunger und Revolte".

Aktionen

Das Camp war beständiger Ausgangspunkt von kreativen Aktionen des zivilen Ungehorsams. Außer der Auftaktdemonstration durch die Hamburger Innenstadt fanden (neben vielem anderen) eine Aufklärungsaktion über die Herkunft von Lebensmitteln vor, auf und in einem Aldi statt, der Besuch der weltgrößten „Bio"dieselfabrik und eine Tretbootfahrt auf der Elbe aus Protest gegen den in der Türkei gebauten Staudamm. Die Polizei war bei den ersten Aktivitäten noch auffällig zurückhaltend. Eine versuchte Lahmlegung des Abschiebeflughafens Fuhlsbüttel sollte dies jedoch ändern. Ein besonderes Ziel von Aktionen war allerdings die Baustelle eines neuen Kohlekraftwerks, das zurzeit von Vattenfall neben dem ArbeiterInnen-Stadtviertel Wilhelmsburg errichtet wird, selbstredend entgegen dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Durch den Bau dieser neuen Dreckschleuder rechnen Ärzte bereits jetzt mit einem starken Anstieg

(1) abgeleitet von ital. „Un altro mondo è possibile" – „Eine andere Welt ist möglich"





von Krankheiten – vor allem im genannten kinderreichsten Stadtbezirk Hamburgs.

Bauplatzbesetzung

Am Mittwoch dem 20. August formierte sich gegen 17 Uhr eine Demonstration von einigen Hundert Menschen, die durch Wilhelmsburg verlaufen sollte, um gegen das Kraftwerk zu protestieren. Die wenigen anwesenden Polizisten grinsten, plauderten mit den Organisatoren und notierten sich fleißig die Parolen auf den Transparenten (so auch die RSB-Losung „Gemeinsam die außerparlamentarische Opposition aufbauen") und freuten sich auf einen ruhigen Nachmittag. Doch schon beim zweiten Redebeitrag auf der Auftaktkundgebung änderte sich alles. Die Meldung wurde ausgegeben, dass die für den kommenden Samstag geplante und öffentlich stets so angekündigte Besetzung des Bauplatzes Moorburg – bereits von 45 Menschen vollzogen worden war. Was bei den TeilnehmerInnen spontan großen Jubel auslöste, sorgte bei den Beamten für versteinerte Minen; nervöse Finger zückten schnell Polizeihandys.

Im Laufschritt voran

Sofort entschlossen sich etwa 200 Menschen, die Kundgebung zu verlassen, stürmten zur nächsten S-Bahn und machten sich auf, die BesetzerInnen zu unterstützen. Auf dem Weg zum Bauplatz folgte eine wilde Laufschritt-Demonstration durch ein Wohngebiet, auf der der Slogan skandiert wurde: „Moorburg besetzen, bis nichts mehr geht! Für ein Klima der Solidarität!". Es galt nun, vor der aufgescheuchten Polizei an der Baustelle anzukommen. Jedoch wurden die DemonstrantInnen auf dem Fußweg (etwa 45 Minuten) trotz zeitweiligen Rennens etwa einen Kilometer vor der Baustelle von der Polizei eingeholt, die einen Großteil aufhalten und derweil den Bauplatz sichern konnte. Doch weiteren ca. 50 AktivistInnen gelang es, auf den Bauplatz zu kommen. Ein Kran wurde geentert und am nächsten Morgen war in den Zeitungen ein Bild eines Transparents mit der Aufschrift „Stromkonzerne enteignen – Kapitalismus abschaffen" zu sehen, das an dem Kran hing. Auf der spontan angemeldeten Kundgebung auf einer Kreuzung vor dem Bauplatz tanzten die ProtestlerInnen zu schwungvollen Rhythmen und bekamen von den OrganisatorInnen Essen und Getränke ausgeteilt. Die Freude über die gelungene Aktion war, trotz mittlerweile vieler böse dreinschauender PolizistInnen, groß.

Repression

Jedoch wendete sich das Blatt bald. Gegen Abend wurden alle BesetzerInnen, außer denen auf dem Kran, eingekesselt und abtransportiert. Unter fadenscheinigem Grund (der Feierabend rief wohl) wurde auch die Kundgebung auf der Kreuzung von der Polizei gegen 22 Uhr gewaltsam aufgelöst. Zuvor war schon ein Demonstrant von einem vorpreschenden Polizeiwagen angefahren worden. Am nächsten Tag jedoch waren alle Gefangenen wieder auf freiem Fuß. Vattenfall erstattete zunächst Strafanzeige gegen die BesetzerInnen. Eine weitere Bauplatzbesetzung, die für Samstag geplant war, scheiterte am Polizeiaufgebot. Die Bauarbeiten in Moorburg wurden jedoch bereits reduziert. Es war festzustellen, dass die Repression im Laufe des Camps linear zunahm. Solidarität mit den betroffenen GenossInnen ist also unbedingt nötig!

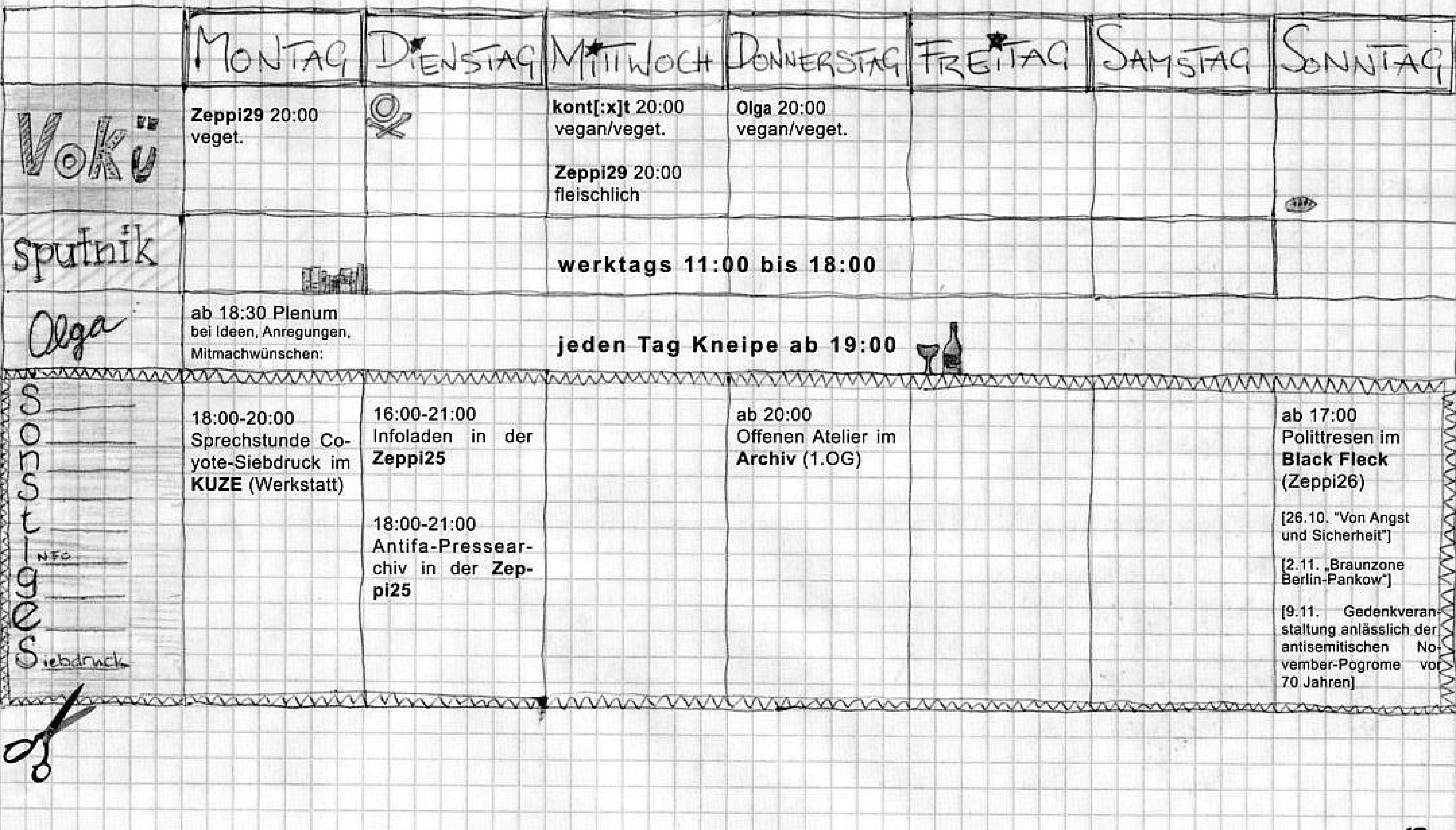
Aktionsrat

Die Aktion „Gegenstrom", die die Bauplatzbesetzung beinhaltete, wurde koordiniert von einem Aktionsrat, der einem internen, auch der Masse der AktivistInnen nicht bekannten, Schlachtplan folgte, der alle Eventualitäten des „Kampfgeschehens" beinhalten sollte. Von diesem wurden den DemonstrantInnen zu bestimmten Situationen mehrere Alternativvorschläge unterbreitet, über die dann Delegierte der jeweiligen Bezugsgruppen abstimmen konnten. Diese recht straffe Struktur der Organisation soll einen effizienten Aktionsverlauf bei gleichzeitiger größtmöglicher Einbeziehung der TeilnehmerInnen garantieren. Ob sie sich bewährt und in wieweit sie weiterentwickelt wird, bleibt ein interessantes Thema. In Heiligendamm jedenfalls war sie wegen Demokratiedefiziten bereits kritisiert worden, was die Hamburger NachfolgerInnen zu verbessern suchten.

Erste Schlussfolgerungen

Das Camp war das erste seiner Art und in gewisser Weise der Nachfolger der Camps von Heiligendamm 2007. Die erwartete TeilnehmerInnenzahl von 2000 wurde bei Weitem nicht erreicht. Hierin zeigt sich die derzeitige Mobilisierungsschwäche der außerparlamentarischen Opposition. Was dies z.B. finanziell bedeuten wird, muss sich zeigen. Die Stimmung war durchgehend antikapitalistisch. Viele Menschen schulten sich in Theorie und Aktionen. Ein Erfolg war das Camp allemal und ein Meilenstein für den antikapitalistischen Widerstand. Eine Fortsetzung in 2009 ist wünschenswert.

RSB Potsdam



	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
VoKü	**Zeppi29** 20:00 veget.		**kont[:x]t** 20:00 vegan/veget. **Zeppi29** 20:00 fleischlich	**Olga** 20:00 vegan/veget.			
sputnik			**werktags 11:00 bis 18:00**				
Olga	ab 18:30 Plenum bei Ideen, Anregungen, Mitmachwünschen:		**jeden Tag Kneipe ab 19:00**				
Sonstiges	18:00-20:00 Sprechstunde Coyote-Siebdruck im **KUZE** (Werkstatt)	16:00-21:00 Infoladen in der **Zeppi25** 18:00-21:00 Antifa-Pressearchiv in der **Zeppi25**		ab 20:00 Offenen Atelier im **Archiv** (1.OG)			ab 17:00 Polittresen im **Black Fleck** (Zeppi26) [26.10. "Von Angst und Sicherheit"] [2.11. „Braunzone Berlin-Pankow"] [9.11. Gedenkveranstaltung anlässlich der antisemitischen November-Pogrome vor 70 Jahren]

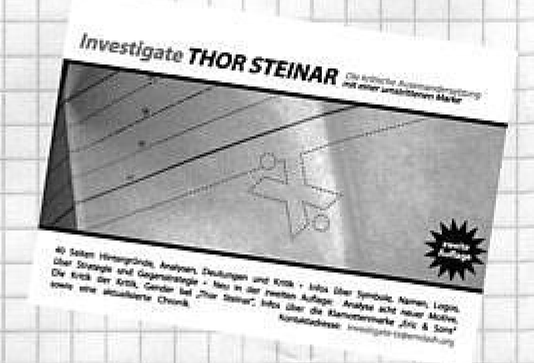
Rest

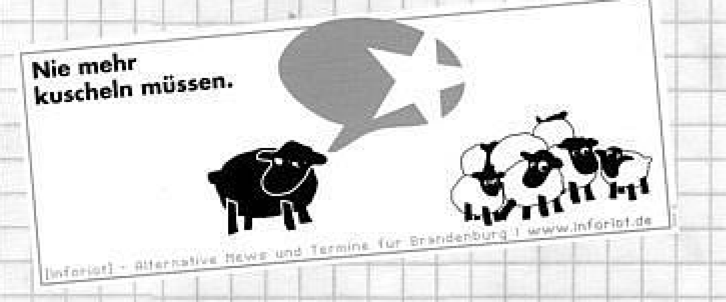
Hier ist Platz für deine ersten Textentwürfe, Comicideen und Notizen. Was immer du willst , sende es an potsdamned@riseup.net

Liebe politischen und kulturellen Initiativen, Gruppen und Projekte, wenn ihr im Adressverzeichnis auftauchen wollt - kein Problem, bitte schickt uns einfach rechtzeitig eure Adressen und Öffnungzeiten.

Hier gibts Platz zum Malen!

Oder für Sticker!





Adress-verzeichnis

[a] antifaschistische linke potsdam
www.antifa-potsdam.de
aalp@gmx.net

Black Fleck
Zeppelinstr.26
14471 Potsdam

coyote
siebdruck-propaganda-kiosk
im kulturzentrum
hermann-elflein-strasze 10
betreutes drucken, siebgedrucktes
montagssprechstunde von 18:00 bis 20:00 U
in der werkstatt: dienstags zweiwöchentlic
an der saftbar im kuze (termine ab oktobe
14.10.,28.10., 11.11.,...)
sonntagsdrucker.de
coyote@sonntagsdrucker.de

electricdress
c/o buchladen sputnik
charlottenstr. 28
14467 potsdam
www.dresselectric.de
info@dresselectric.de

Infoladen/Antifa-Presse-Archiv-Potsdam
Zeppelinstr.25
14471 Potsdam

Initiative für Begegnung Potsdam
Antirassistische Initiative
ifbpotsdam@yahoo.com

konte[:x]t
Freie Bibliothek & Lesecafé (momentan in Baustellenpause)
H.-Elflein-Str.32
14467 Potsdam
kontext-potsdam.net
info@kontext-potsdam.net

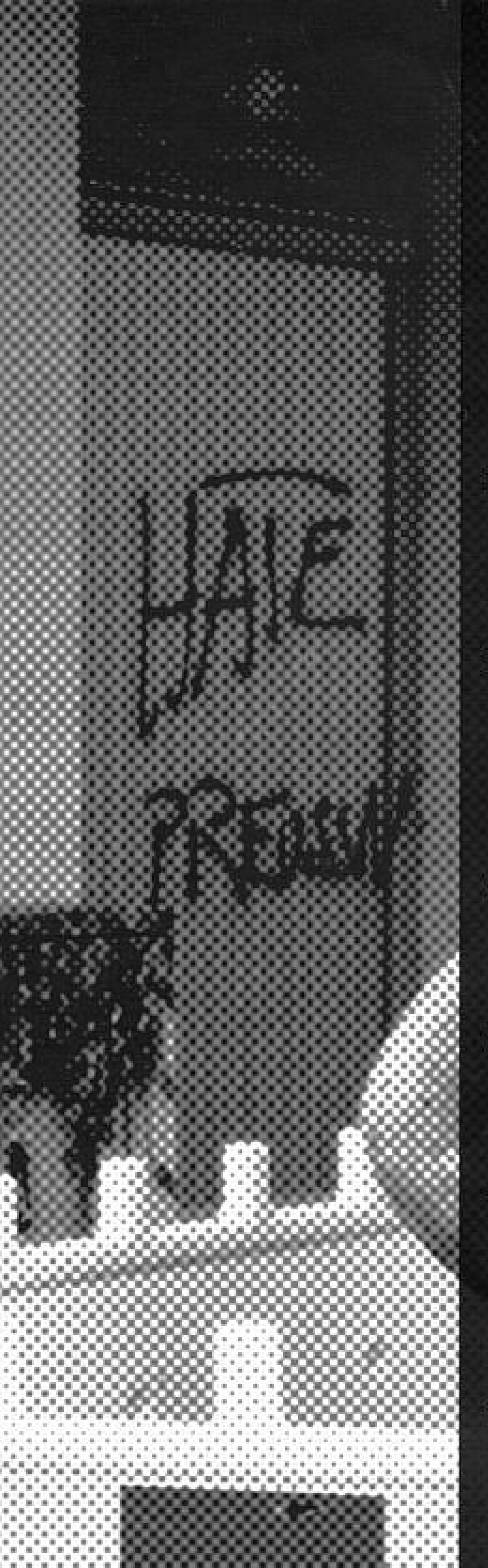
Olga
linkes Kneipenkollektiv
Charlottenstraße
14467 Potsdam

RSB Potsdam
Lindenstr. 47
14467 Potsdam
www.rsb4.de/potsdam
potsdam@rsb4.de

Spartacus-Gruppe
input@spartacus-potsdam.de

Sputnik
linker Buchladen
Charlottenstraße
14467 Potsdam
Öffnungszeiten wochentags von 11-18 Uh

[U-24]
Wohn- und Kulturprojekt
Uhlandstr.24
14482 Potsdam
fu24ev@gmx.de



Stadtgespräch

Freiräume in Potsdam
Es gibt Städte, wo richtig was los ist...

Von Hausbesuchen und Kaufverträgen.
Neues aus der Uhlandstraße

Support your local Vokü
Aufruf von Kay

Quo vadis Charlottenstraße 28?
Zukunftsperspektiven

Potsdam am Arsch.
Expeditionsbericht

Regionalia

Die DVU aus`m Konzept gebracht?
...ein paar Gedanken zu den Wahlen und der Beziehung zwischen DVU und NPD

Fragezeichen

Was macht die Antifa?
Kampagnenkritik

Häuser besetzen immer wieder?
Kleine Polemik zur Besetzung der „Villa Wildwuchs"

Stuhlkreis

OLGA ganz – für GRRLZ und TRANS*?.
Zwischenbericht

Ohrensessel

„Vom 'Anderssein'...."
Rezension

Action

Gleiche Rechte für Alle!
Demoaufruf der JOG zur IMK

Das Widerstandscamp...
Ein Bericht des RSB

Stundenplan

Ständige Termine und Adressen
Was ist los?

EMAIL: POTSDAMNED@RISEUP.NET

EINSENDESCHLUSS: 07.12.2008